



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## MEDWEDEWS MWD-REFORM BILANZ DER WALDBRÄNDE 2010

■ ANALYSE	
Miliz + Polizei = Pilizei?	
Medwedews Ansätze zu einer Reform von Innenministerium und Miliz	2
Von Hans-Henning Schröder, Bremen und Berlin	
■ GRAFIK ZUM TEXT	
Aufbau des MWD	6
■ UMFRAGE	
MWD und Miliz in Meinungsumfragen	7
■ DOKUMENTATION	
Die Waldbrände in Russland – ein Überblick	13
Von Christoph Laug, Konstanz	
■ UMFRAGE	
Die Waldbrände 2010 in Meinungsumfragen	15
■ DOKUMENTATION	
Amnesty: Massnahmen der Staatsanwaltschaft in Moskau markieren weitere Verschärfung im Vorgehen gegen Menschenrechtsorganisationen	19
■ CHRONIK	
Vom 20. August bis zum 23. September 2010	20
■ LESEHINWEIS	
Abstracts von Artikeln der Zeitschrift OSTEUROPA mit Russland-Bezug	22



## Miliz + Polizei = Pilizei?

### Medwedews Ansätze zu einer Reform von Innenministerium und Miliz

Von Hans-Henning Schröder, Bremen und Berlin

#### Zusammenfassung

Im Kontext seiner Modernisierungskampagne hat Präsident Dmitrij Medwedew Ende 2009 eine Reform des Innenministeriums (MWD) und der Miliz eingeleitet, die in Russland breit diskutiert wird. Er fordert eine Reorganisation der ineffizienten Behörden, die in der Öffentlichkeit nur geringes Ansehen genießen. Ein neues Polizeigesetz, das im August 2010 im Internet zur Diskussion gestellt wurde, soll Grundlage für eine durchgreifende Reform sein, die Innenbehörden und Polizei effizienter und bürgerfreundlicher machen sollen. Bisher ist unklar, wie dies durchgesetzt werden soll. Ein Grundproblem bleibt, dass Staatsanwaltschaft und Inlandsgeheimdienst FSB in die Reform nicht einbezogen wurden. Solange etwa die Rechte und Pflichten des FSB nicht in gleicher Weise diskutiert werden, und keine klare Abgrenzung der Kompetenzen von Polizei und Diensten stattfindet, ist es mit dem Schutz der Bürger vor dem Zugriff der Sicherheitsorgane nicht weit her. Gelingt eine Reform der Innenbehörden, für die sich der Präsident mit großer Hartnäckigkeit einsetzt, wären auch weitere Schritte denkbar. Im gegenwärtigen Stadium der Reform sind allerdings noch keine Erfolge sichtbar.

#### Modernisierung und MWD

Im September 2009 ist der russische Präsident, Dmitrij Medwedew, mit einer Initiative hervorgetreten, die eine durchgreifende Modernisierung des gesamten Landes zum Ziel hat. Im Vordergrund stehen dabei technologische Innovation und Erneuerung der industriellen Produktionssphäre – mit Hilfe ausländischer Investoren und importiertem Know-hows. Doch um den Erfolg dieser Politik zu sichern, ist es notwendig, auch das Umfeld zu »modernisieren« – die Korruption zu vermindern, die Rechtsorgane zu stärken und den »Rechnihilismus« zu beseitigen. Einer politischen Reform verweigern sich Präsident und Exekutive konsequent, doch bei der Bekämpfung der Korruption, der Erneuerung des Rechtswesens und der Umgestaltung der Verwaltung werden Anstrengungen unternommen, die bisher aber nicht zu sichtbaren Erfolgen geführt haben.

In zwei Bereichen kann die Medwedew-Administration allerdings Fortschritte verzeichnen: bei der Militärreform, die Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow energisch vorantreibt, und bei der Reorganisation des Innenministeriums – des MWD (Ministerstwo Wnutrennych Del). Dies ist nicht selbstverständlich – sowohl Armee als auch MWD werden zu den »Machtapparaten« gezählt, denen innerhalb der russischen Führung ein besonderer Einfluss zugeschrieben wird. Allerdings hat die Umgestaltung des MWD für die Modernisierung eine Schlüsselfunktion. Zur Bekämpfung von Korruption und zur Durchsetzung rechtsstaatlicher Verhältnisse muss sich der Präsident auf ein funktionierendes Innenministerium stützen können. Insofern bestimmt der Erfolg der MWD-Reform mit über den Erfolg der gesamten Modernisierungspolitik.

#### Aufbau und Rolle des MWD

Das MWD ist eine föderale Behörde, die laut Statut des Ministeriums für den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte, die Verhinderung und Aufklärung von Verbrechen, die Verfolgung der Täter und die Verfolgung von Vergehen und Ordnungswidrigkeiten zuständig ist. Das MWD hat die öffentliche Ordnung zu gewährleisten, es ist verantwortlich für die Sicherheit des Straßenverkehrs, die Kontrolle des Handels mit Waffen sowie den Schutz von Staatseigentum. Dazu verfügt es neben einem Zentralapparat über Dienststellen in den Regionen und über eigene Streitkräfte, die »Inneren Truppen«.

An der Spitze des MWD steht seit 2004 Raschid Nurgalijew, der von einem Ersten Stellvertretenden und sechs Stellvertretenden Ministern unterstützt wird. Das Ministerium gliedert sich in eine Reihe von Abteilungen (vgl. Schema S. 6), die entsprechend der Aufgabenstellung des MWD für öffentliche Ordnung, Verbrechenverfolgung, Sicherheit des Straßenverkehrs, Bekämpfung des Extremismus, ökonomische Sicherheit, Schutz von Staatseigentum, IT-Verbrechen, Personenschutz und die Verbindung zu Interpol zuständig sind. Der Föderale Migrationsdienst ist dem Ministerium als eigene Behörde nachgeordnet. Unter den Abteilungen kommt dem Strafverfolgungskomitee des MWD (nicht zu verwechseln mit dem Strafverfolgungskomitee der Generalstaatsanwaltschaft) eine besondere Rolle zu. Es überwacht die Verbrechenverfolgung durch das MWD und kann besonders schwere Fälle an sich ziehen. Der Leiter des Strafverfolgungskomitees ist einer der Stellvertreter des Ministers.

Das MWD agiert landesweit, direkt oder durch seine regionalen Strukturen – die Hauptverwaltungen bei den

Föderalbezirken, die Innenministerien der Republiken, die Hauptverwaltungen in den Föderationssubjekten (d. h. der Regionen), die alle in das System des MWD eingehen. Die Miliz (seit 1917 ist dies die Bezeichnung für die Polizei) ist Bestandteil dieses Apparates. Die offizielle Statistik veröffentlichte bis 2009 keine Mitarbeiterzahlen von Miliz und MWD. Im Internet findet man unbestätigte Angaben, nach denen 2009 im Innenministerium 921.268 Personen beschäftigt waren. Aus derselben Quelle stammt die Aussage, dass in Russland auf 100.000 Einwohner 957,7 Milizionäre kommen. Die Zahl der Polizisten würde danach ca. 1,4 Mio betragen.

Die Streitkräfte des MWD, die »Inneren Truppen«, umfassten im Jahre 2007 insgesamt 170.000 Mann. Ihr Oberbefehlshaber, ein Armeegeneral, ist gleichzeitig Stellvertreter des Innenministers. Die Inneren Truppen gliederten sich 2007 in fünf Divisionen (ODON), 10 Brigaden (OBRON) und eine Anzahl selbständiger Einheiten. Sie waren mit 1.650 Schützenpanzern ausgestattet und verfügten über eigene Artillerie (20 122mm-Geschütze, 15 120mm Mörser). Die Führung wurde durch sieben Regionalkommandos gewährleistet, die den Föderalbezirken entsprachen.

Die beschriebenen Tätigkeitsbereiche des MWD überschneiden sich teilweise mit denen anderer Behörden. Reguläre Streitkräfte und Sondereinheiten des FSB wurden in Krisengebieten des Nordkaukasus gemeinsam mit Inneren Truppen und Sondereinheiten der Miliz eingesetzt. Und sowohl der Inlandsgeheimdienst FSB als auch das Strafverfolgungskomitee bei der Generalstaatsanwaltschaft sind für Verbrechenverfolgung zuständig und dürfen Untersuchungsverfahren führen.

### Das MWD in der öffentlichen Kritik

In der russischen Bevölkerung genießen Innenministerium und Miliz (d.i. Polizei) seit vielen Jahren nur geringes Prestige. Im März 2001 hatten in einer repräsentativen Umfrage unter der russischen Bevölkerung 74 % angegeben, dass man der Miliz kein (38 %) oder nur eingeschränktes (36 %) Vertrauen entgegenbringen könne. Im März 2004 war dieser Anteil auf 81 % gestiegen (58 % bzw. 23 %). Aus Kreisen der Opposition wurde immer wieder die Forderung nach einer Reorganisation des Innenministeriums erhoben, nicht nur um Korruption zu bekämpfen und die Behörde effizienter, sondern vor allem um sie bürgerfreundlicher zu machen.

Vorfälle im Jahr 2009 führten dazu, dass die Reformdebatte einen neuen Anstoß bekam. In der Nacht vom 26. auf den 27. April schoss ein Major der Moskauer Miliz ohne Anlass auf die Besucher eines Supermarktes. Drei Personen wurden getötet, sechs weitere verletzt, der Major nach einem Feuergefecht festgenommen. Präsident Medwedew entließ am nächsten Tag den Chef der Moskauer

Polizeibehörden. Anfang November 2009 stellte dann Milizmajor Aleksej Dymowskij aus Noworossijsk zwei Videos ins Internet, in denen er sich an Ministerpräsident Wladimir Putin wandte und die Verhältnisse in den Innenbehörden von Noworossijsk beschrieb. Dymowskij kritisierte die harten Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung. Er warf der Polizeiführung vor, sie zwingt die Beamten, nichtexistente Verbrechen aufzuklären und unschuldige Personen hinter Gitter zu bringen. Er deutete auch an, dass viele Polizisten »Nebeneinnahmen« hätten. Die Videos erregten Aufsehen.

Zwar wurden Dymowskij's Aussagen von seinen Vorgesetzten zurückgewiesen, doch die Diskussion um die Zustände innerhalb der Miliz gewann eine neue Qualität. Im Kontext der Modernisierungskampagne, die Präsident Dmitrij Medwedew im September 2009 lanciert hatte, erschien nun auch eine Reorganisation von Innenbehörden und Miliz möglich.

### Ansätze zu einer Reform des MWD

Am 24. Dezember 2009 unterzeichnete der Präsident dann einen Erlass, der in der Tat eine Reform des MWD einleitete. Darin wurde moniert, dass Aufbau, Organisation des Einsatzes, personelle und finanzielle Ausstattung sowie die Ausrüstung der Miliz nicht den gegebenen Anforderungen entsprächen, und die Regierung wurde angewiesen, bis zum 31. März 2010 ein Reformkonzept vorzulegen. Finanzierung und Rekrutierung der Miliz sollte ab 2012 ganz bei der föderalen Regierung liegen, das Personal sollte um 20 % verringert, die Gehälter erhöht werden. Ferner sollten die gesetzlichen Grundlagen für Polizei und Innenbehörden überholt, die Logistik verbessert und die Ausbildung vereinheitlicht werden. Den Apparat des MWD selbst wollte man straffen, die Verantwortlichkeiten klarer abgrenzen und Kompetenzüberschneidungen beseitigen. Um die endemische Korruption zu unterdrücken, sollten führende Mitarbeiter des MWD regelmäßig ausgetauscht und die Leitungsmethoden insgesamt verbessert werden. Dies war ein ehrgeiziges Programm, das sowohl die sozialen Probleme der Mitarbeiter lösen, als auch die Schwächen in Ausrüstung und Ausbildung sowie die bürokratische Desorganisation beseitigen wollte.

Anfang Februar 2010, sechs Wochen nach dem Erlass, ließ sich Präsident Medwedew die Vorschläge präsentieren, mit denen das MWD den Erlass umsetzen wollte. Über die Inhalte der Beratung ist nichts bekannt, doch am 18. Februar ging der Präsident in die Öffentlichkeit. Vor der erweiterten Sitzung des Kollegiums des Innenministeriums, an dem alle Spitzenbeamten teilnahmen, erläuterte er, dass er nun per Erlass eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet habe. Die Regierung hatte der Präsident angewiesen, bis zum 1. Dezember

2010 den Entwurf eines neuen Polizeigesetzes vorzulegen. Binnen eines halben Jahres sollten Konzepte für die Übergabe aller Ausländerangelegenheiten an den »Föderalen Migrationsdienst«, der Ausnüchterungseinrichtungen an das Gesundheitsministerium und der technischen Überwachung von Fahrzeugen an das Transportministerium ausgearbeitet werden. Schließlich sollte das Budget des Innenministeriums noch im Jahre 2010 erhöht werden. Das MWD selbst wurde angewiesen, binnen drei Monaten MWD-Strukturen im gerade neugebildeten Föderalbezirk Nordkaukasus zu schaffen und binnen sechs Monaten den gesamten Apparat des Ministeriums zu straffen und zu vereinfachen. Die Zahl der Beschäftigten bei der Zentralbehörde des MWD sollte von 19.970 auf 10.000 Personen reduziert werden. Der Personaletat der Zentralbehörde in Moskau sollte in Zukunft 9.264 Stellen umfassen (8.000 MWD-Angehörige, 545 Angehörige der Inneren Truppen, 719 Zivilangestellte). Die verbleibenden Mitarbeiter sollten materiell bessergestellt und besser mit Wohnraum versorgt werden.

Die prioritären Aufgaben des MWD, die Medwedew formulierte, veränderten sich nicht – sie sollten nur effektiver wahrgenommen werden. Vorrang hat die Aufklärung von Verbrechen. 2009 war nur jedes zweite Verbrechen aufgeklärt worden, 1,3 Mio. – davon 25 % schwere Verbrechen – blieben ungesühnt. An zweiter Stelle nannte der Präsident die Bekämpfung des Extremismus im Nordkaukasus, an dritter die Verfolgung der Wirtschaftskriminalität. Hier machte er eine bedeutsame Einschränkung: dies sollte Aufgabe von bevollmächtigten Mitarbeitern des Ministeriums sein. Schließlich sollte sich das MWD auch mit Verbrechensprophylaxe befassen. Die Reform des MWD werde, so betonte Medwedew, unter seiner persönlichen Kontrolle stehen. Gewissermaßen als Signal, dass er es mit der Reorganisation der Innenbehörden ernst meinte, entließ der Präsident am Tag der Rede 16 hohe Milizoffiziere. Gleichzeitig beförderte er 12 andere Milizoffiziere in verantwortliche Positionen, u. a. als Stellvertretenden Leiter der Kaderabteilung im Ministerium, Stellvertretenden Leiter der Petersburger MWD-Akademie, Leiter der Abteilung für öffentliche Ordnung im Ministerium.

### Die Reaktion der Öffentlichkeit

An der Ernsthaftigkeit der Reform konnte nach Medwedews Auftritt und den Personalumsetzungen kaum gezweifelt werden, doch war für die Öffentlichkeit nur schwer zu erkennen, welche Richtung die Reformen nehmen und wie sich diese auf die Arbeit der Polizei und des Innenministeriums auswirken würden.

Die Öffentlichkeit verstand aber, dass nach dem Vorstoß des Präsidenten nun Kritik am Innenministe-

rium und der Miliz möglich war. Bereits am 1. Februar 2010 trat die oppositionelle Zeitschrift »New Times« mit einem Artikel hervor, der die Verhältnisse innerhalb einer Moskauer Sonderpolizeieinheit (OMON) beschrieb. Die Milizionäre hatten sich in Reaktion auf den Erlass vom Dezember mit einem Brief an den Präsidenten gewandt, in dem sie sich über die schwierigen Verhältnisse in ihrer Einheit beschwerten. Sie monierten überlange Dienstzeiten, Schikanen der Vorgesetzten, aber auch, dass Beförderungen gegen Geld erfolgten (für die Beförderung zum Kompaniechef forderte der Bataillonskommandeur 5.000 US\$) und Vorgesetzte die OMON an Privatunternehmer vermieteten.

Ein weiterer Fall, der große Publizität erlangte, war der Frontalzusammenstoß zwischen dem gepanzerten Mercedes des Vizepräsidenten des Mineralölkonzerns Lukoil und einem Citroën, der am 25. Februar 2010 stattfand. Der Mercedes war mit Blaulicht auf der Gegenfahrbahn an einem Stau vorbeigezogen und frontal auf den Citroën geprallt, dessen beide Insassen getötet wurden. Die Miliz entschied den Fall rasch – schuld war der Citroën. Daraufhin stellte der Rapper *NoizeMC* ein Video ins Internet, in dem er den Lukoil-Vizepräsidenten massiv angriff. Das Video wurde in wenigen Tagen über 600.000mal aufgerufen. Die Medien griffen die Kritik auf, und der Präsident wies die Miliz an, den Vorfall neu zu untersuchen. Der Rapper wurde im übrigen im August nach einem Konzert in Wolgograd, auf dem er einen Antimiliz-Song gerappt hatte, in dem Milizionäre als »Tiere mit roten Kokarden« bezeichnet werden, von der Miliz festgenommen und wegen »minder schweren Hooliganismus« zu 10 Tagen Haft verurteilt.

Im März wurde publik, dass die Moskauer Miliz am 5. März nachts Autofahrer auf dem Autobahnring angehalten und angewiesen hatte, ihre Wagen auf dem Autobahnring querzustellen, um eine Straßensperre zu bilden. Damit sollte ein flüchtiger Autodieb gestellt werden, der die Sperre aber durchbrach. Die Fahrer hatte man einfach in den Wagen sitzen lassen. Der Vorfall wurde als »Der lebende Schild« im Internet bekannt und dann von den Medien aufgegriffen.

Das bemerkenswerte war, dass die Vorwürfe gegen die Miliz nun in der Öffentlichkeit geäußert wurde. Das Internet – Videos auf *youtube* und Einträge in blogs – wurde ein wichtiges Medium dieser Debatte. Die Kritik nahm teilweise Formen an, die deutlich über das hinausgingen, was die Medwedew-Administration im Sinne hatte. Wenn *NoizeMC* am Schluss seines Videos forderte, die »Autostraßenmörder mit Sonderkennzeichen und Signalhörnern« zu stoppen, dann hatte dies einen sozialkritischen Unterton, der die herrschende Gesellschaftsordnung in Frage stellte.

## Das neue Polizeigesetz

Die politische Führung versuchte aber nicht, diese Debatte zu unterbinden. Im Gegenteil, wenigstens Präsident Medwedew ermutigte sie noch. Im Juli erklärte er in einer hochrangigen Beratung, das wichtigste Kriterium zur Einschätzung der Effektivität der Arbeit der Miliz müsse die öffentliche Meinung werden. Es gelte, in dem neuen Gesetz, das zu diesem Zeitpunkt noch »Milizgesetz« hieß, die Vollmachten der Miliz so zu präzisieren, dass die rechtliche Grundlage ihres Handelns eindeutig sei. Die Kompetenzen des Milizionärs, seine Rechte und Pflichten, sollten mit maximaler Klarheit definiert werden. Normen ohne genauen juristischen Inhalt, die dem Mitarbeiter der Miliz die Möglichkeit geben würden, Bürgerrechte willkürlich einzuschränken, so Medwedew, müssten durch das neue Gesetz beseitigt werden.

Am 7. August wurde schließlich der erste Entwurf des Gesetzes vorgelegt. Eine Überraschung war, dass der Begriff »Miliz« durch die Bezeichnung »Polizei« ersetzt werden sollte. Der 1917 abgeschaffte, negativ konnotierte Terminus »Polizei« kehrte damit in die russische Rechtssprache zurück. Darüber hinaus umriss der Entwurf in elf Abschnitten mit insgesamt 57 Paragraphen die Aufgaben der Polizei, definierte ihre Rechte und Pflichten, fixierte die Instrumente unmittelbaren Zwanges, die ihr zur Verfügung stehen sollten, den Einsatz von Waffen, die Bedingungen, unter denen sie Wohnungen und Grundstücke betreten durfte, die Voraussetzungen für den Aufbau von Datenbanken, die Rechtsstellung des Polizisten, die sozialen Garantien für das Personal und die Kontrolle der Polizeiarbeit durch Staatsanwaltschaft und Öffentlichkeit.

Der Entwurf wurde im Internet zur Diskussion gestellt, und der Präsident selbst suchte wiederholt das öffentliche Gespräch. In Mari-El und im Gebiet Stawropol diskutierte er mit Mitarbeitern des MWD und Vertretern der Gesellschaft. Die Reaktionen auf das Gesetz waren durchaus unterschiedlich. Neben dienstfertiger Zustimmung gab es auch zahlreiche kritische Stimmen. Insgesamt war die Reaktion aber eher skeptisch. Die regierungskritische Zeitung *Nowaja gaseta* bezeichnete die Bestimmungen des Gesetzes als vage und kolportierte, dass Blogger inzwischen von einer »Pilizei« (zusammengezogen aus Polizei und Miliz) sprachen. Der Abgeordnete Gennadij Gudkow (Gerechtes Russland), Stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsausschusses der Duma, zeigte sich enttäuscht, weil das Gesetz keine wirkliche Kontrolle des Innenministeriums von außen vorsah. Gennadij Sjaganow, der Vorsitzende der kommunistischen Partei, lehnte den Entwurf insgesamt ab und kritisierte insbesondere die geplante Umbenennung. Eine Arbeitsgruppe von NGO-Vertretern bemän-

gelte die schlechte Qualität des Entwurfes, die Tatsache, dass die Rechte der Polizei, Zwangsmittel anzuwenden, erweitert wurden, und das Fehlen einer wirklichen öffentlichen Kontrolle der Polizei. Ein wichtiges Thema war auch die Organisation der Strafverfolgung. Pawel Krascheninnikow, Vorsitzende der »Assoziation der russischen Juristen«, schlug vor, ein einheitliches Strafverfolgungskomitee zu schaffen und dem FSB und dem MWD das Recht zur Führung von Untersuchungsverfahren zu entziehen. Er berührte damit einen Schwachpunkt des Polizeigesetzes: denn solange FSB und Staatsanwaltschaft nicht in die Reorganisation des MWD einbezogen werden, bleibt die Reform – selbst wenn sie gelingen sollte – Stückwerk.

## Fazit

Die Anstrengungen zur Reform des Innenministeriums haben erst begonnen. Es wird noch lange Zeit dauern, bis praktische Erfolge sichtbar werden. Es ist Präsident Medwedew aber gelungen, eine öffentliche Debatte in Gang zu setzen. Dies ist bereits ein Fortschritt, denn bisher war das MWD in hohem Maße intransparent und der Kritik entzogen. Die öffentliche Debatte und – mehr noch – die wachsende Kritik an Miliz, Innenbehörden und Diensten, die im Internet geäußert wird, zeigt, dass Medwedews Modernisierungskampagne die Kommunikation zwischen Führung und Bevölkerung zu verändern beginnt. Es wäre verfrüht, von einer Politisierung der russischen Gesellschaft zu sprechen, doch die kritische Aktivität hat gegenüber den Putin-Jahren fühlbar zugenommen.

In der Substanz hat die MWD-Reform bisher nicht zu Änderungen geführt. Gewiss ist der gute Wille des Präsidenten zu erkennen, die Polizei effizienter und bürgerfreundlicher zu machen, doch wie dies russlandweit durchgesetzt werden kann, bleibt unklar. Es ist unwahrscheinlich, dass wirkliche Fortschritte erzielt werden, solange die Reform nicht die anderen »Machtstrukturen« – die Dienste und die Staatsanwaltschaft – einbezieht. Solange etwa die Rechte und Pflichten des Inlandsgeheimdienstes FSB nicht in gleicher Weise diskutiert werden, und keine klare Abgrenzung der Kompetenzen von Polizei und Diensten stattfindet, ist es mit dem Schutz der Bürger vor dem Zugriff der Sicherheitsorgane nicht weit her. Nachdem die Duma im Juli ein Gesetz verabschiedet hat, das die Handlungsmöglichkeiten des FSB erweitert, sieht es nicht so aus, dass der MWD-Reform eine Reform der »Machtorgane« insgesamt folgen wird.

Für Medwedews Modernisierungsprogramm ist die Initiative zur Reorganisation von Innenbehörden und Miliz dennoch von Bedeutung. Ohne eine funktionierende Innenverwaltung, ohne eine Polizei, der die Bür-

ger wenigstens halbwegs vertrauen, sind die Versuche zur Einschränkung der Korruption und zur Durchsetzung von Rechtllichkeit von vornherein zum Scheitern verurteilt. Eine Reform der »Machtorgane«, ihre Unterordnung unter Gesetz und ihre Kontrolle durch die Öffentlichkeit, ist eine notwendige Voraussetzung für eine Modernisierung des Landes und der Gesell-

schaft. Das MWD mit seinem geringen Ansehen in der Öffentlichkeit und seiner offensichtlichen Unfähigkeit, die Sicherheitsprobleme des Landes zu lösen, ist die »Machtstruktur«, die dem Präsidenten den geringsten Widerstand entgegensetzen kann. Hat er hier mit seinen Reformschritten Erfolg, sind möglicherweise auch weitere Schritte möglich.

*Über den Autor*

Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte in Berlin und ist Mitherausgeber der Russland-Analysen.

**GRAFIK ZUM TEXT**

**Aufbau des MWD**  
(Stand: September 2010)

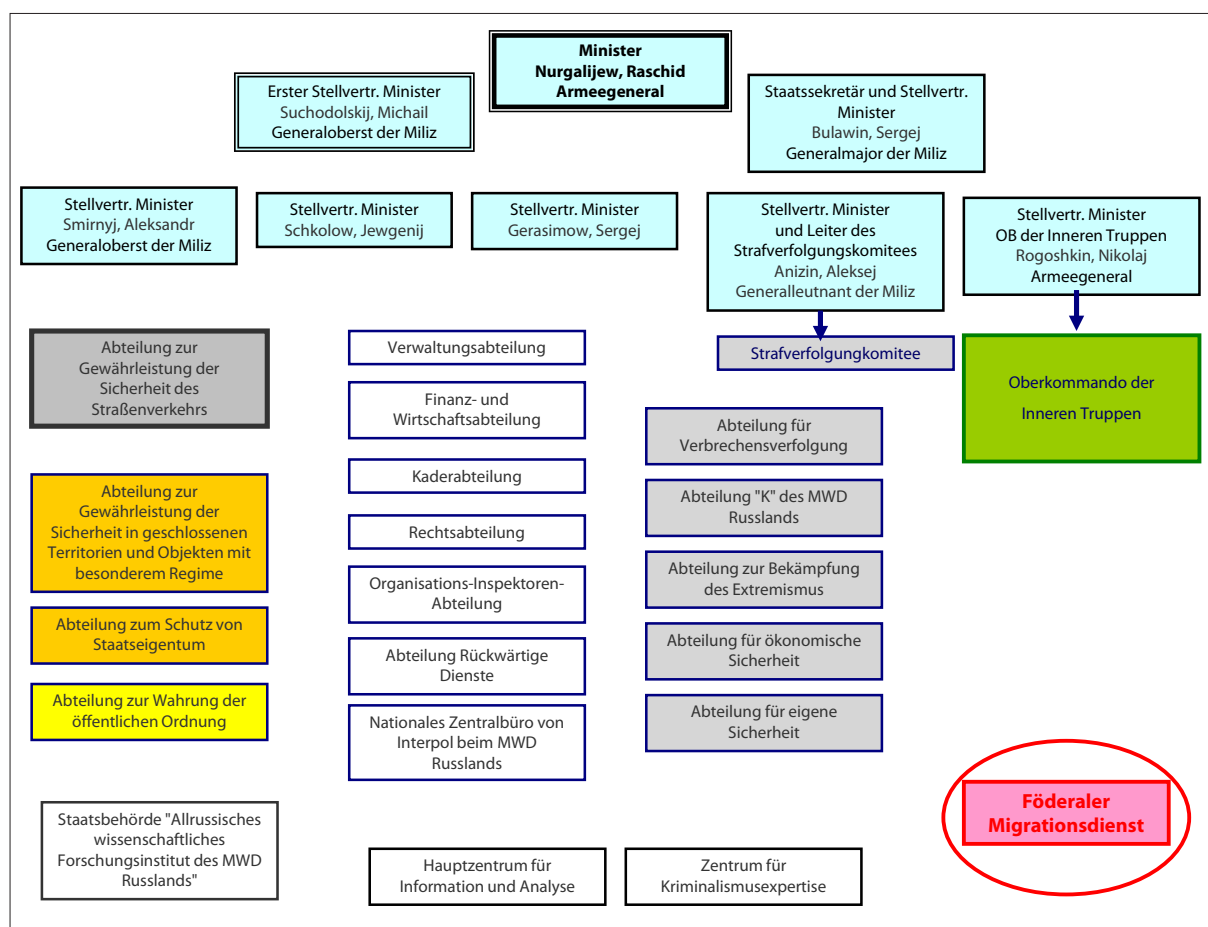
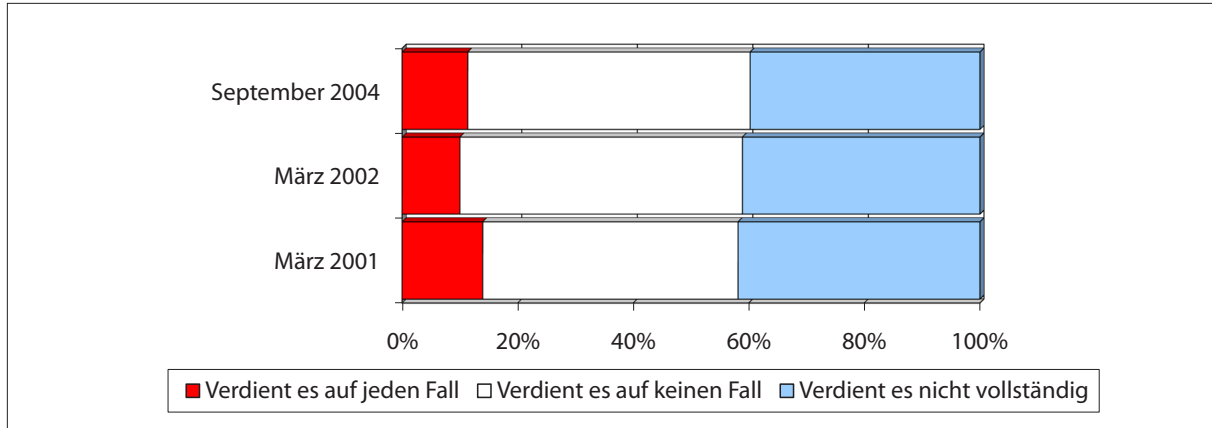


Schaubild: © Hans-Henning Schröder

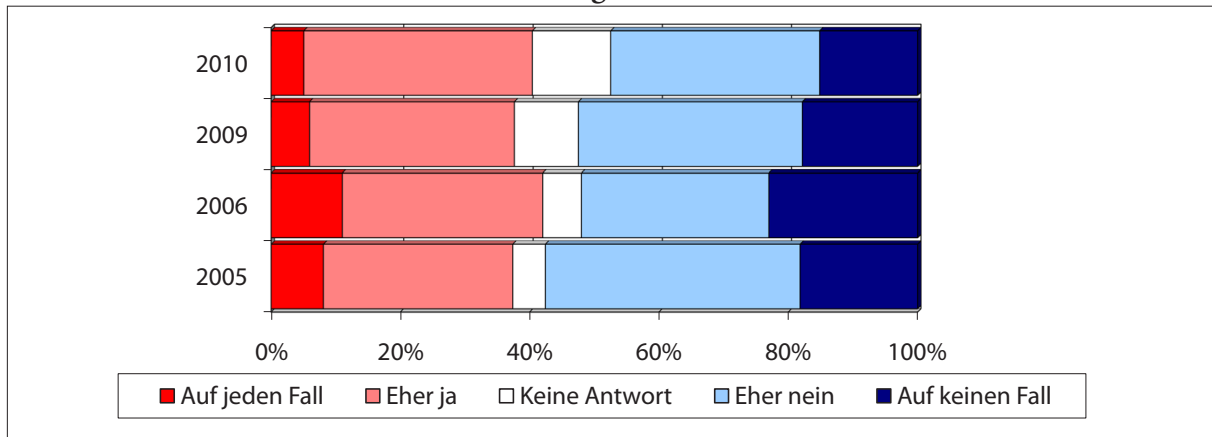
## MWD und Miliz in Meinungsumfragen

Grafik 1: Verdient die Miliz Vertrauen?



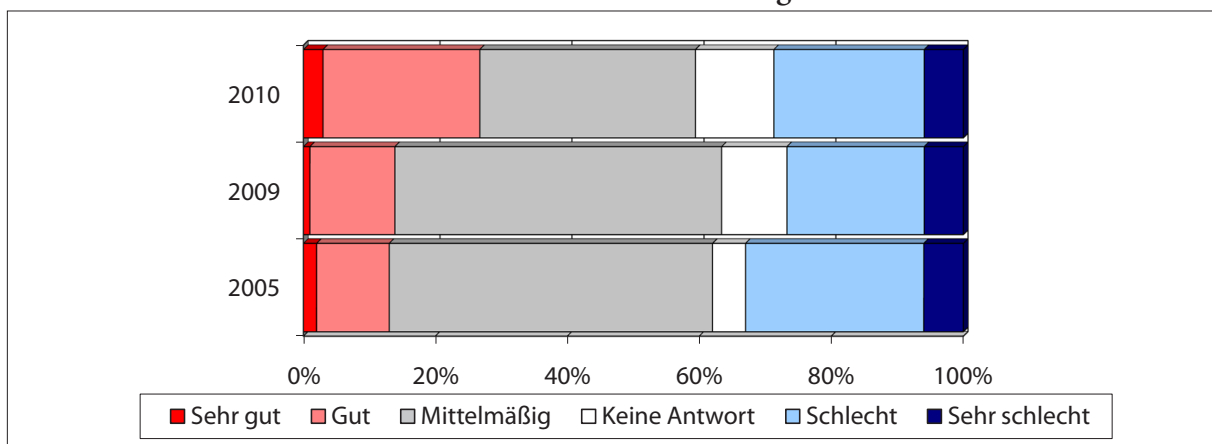
Quelle: Umfragen de Lewada-Zentrums von November 2004 <http://www.levada.ru/press/2004111001.html>

Grafik 2: Vertrauen Sie der Miliz in Ihrer Region?



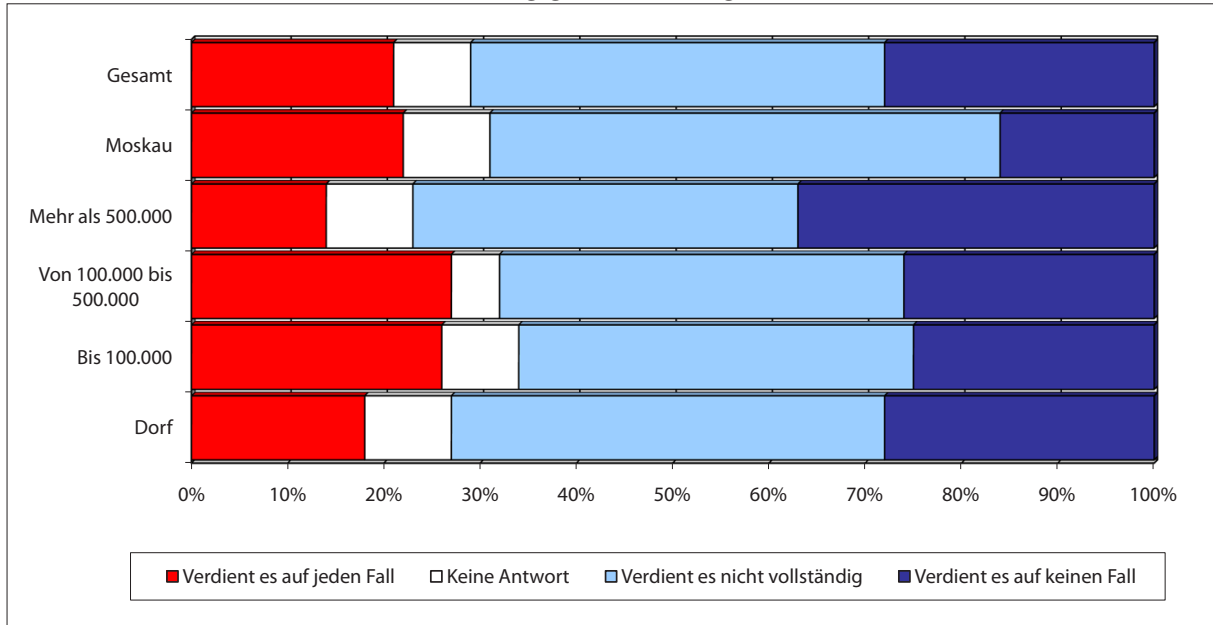
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 19.–20. Juni 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13676.html>

Grafik 3: Wie bewerten Sie die Arbeit der Miliz in Ihrer Region?

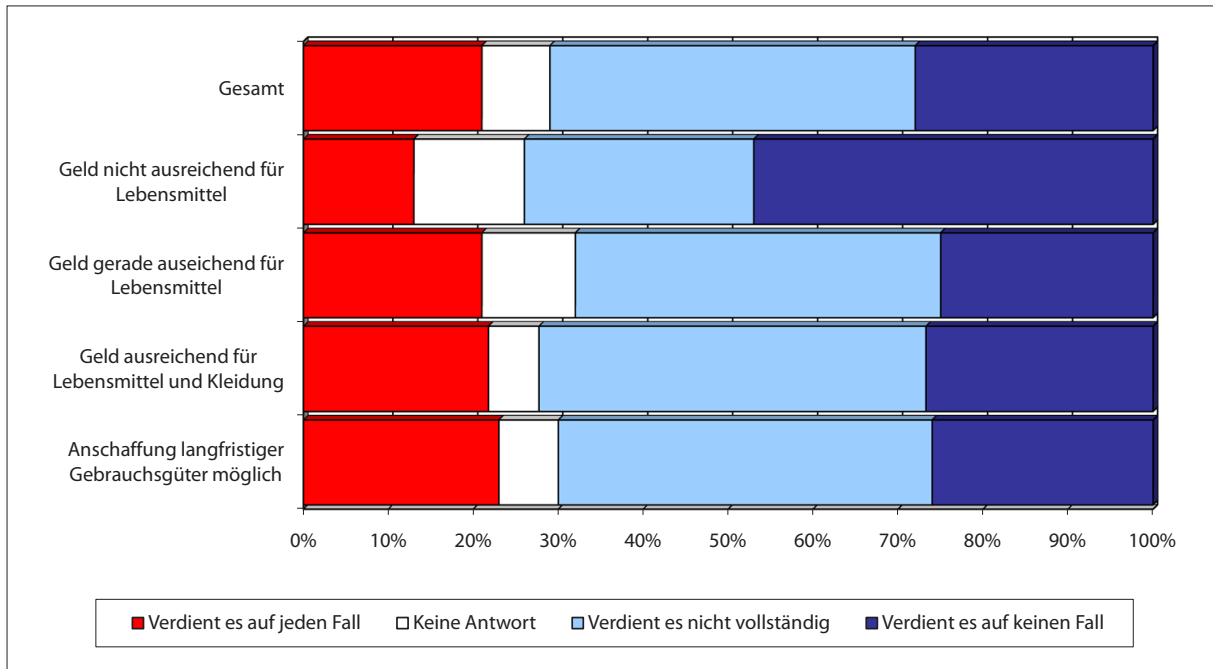


Quelle: Umfragen des WZIAM vom 19.–20. Juni 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13676.html>

**Grafik 4: Vertrauen in die Miliz, abhängig von Siedlungsform**



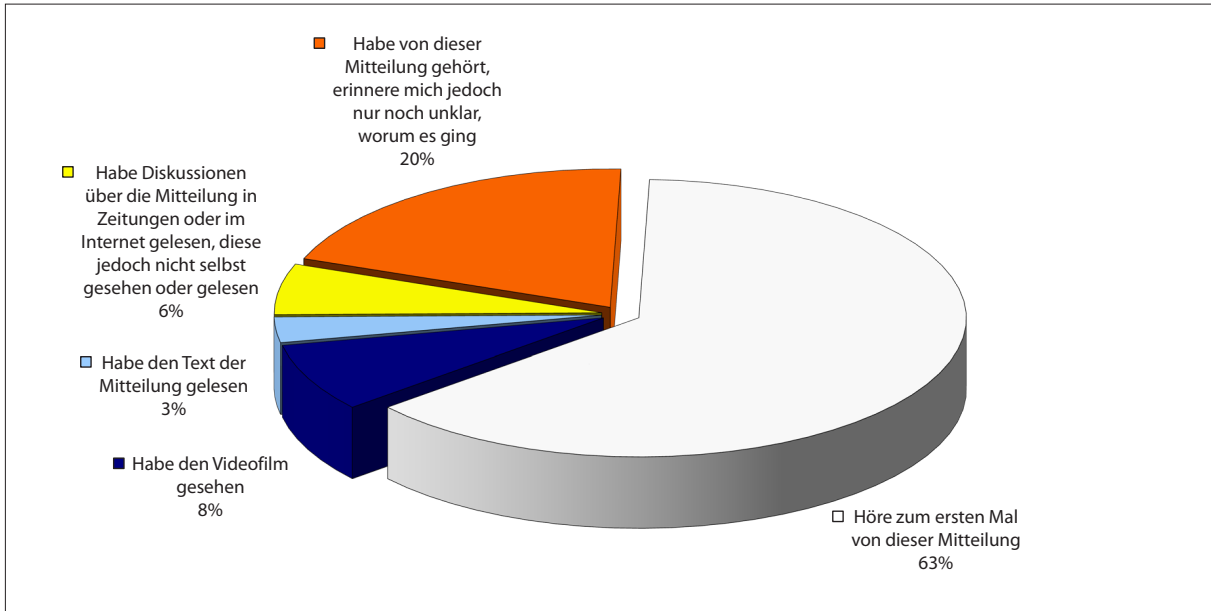
**Grafik 5: Vertrauen in die Miliz, abhängig vom Einkommen der Befragten**



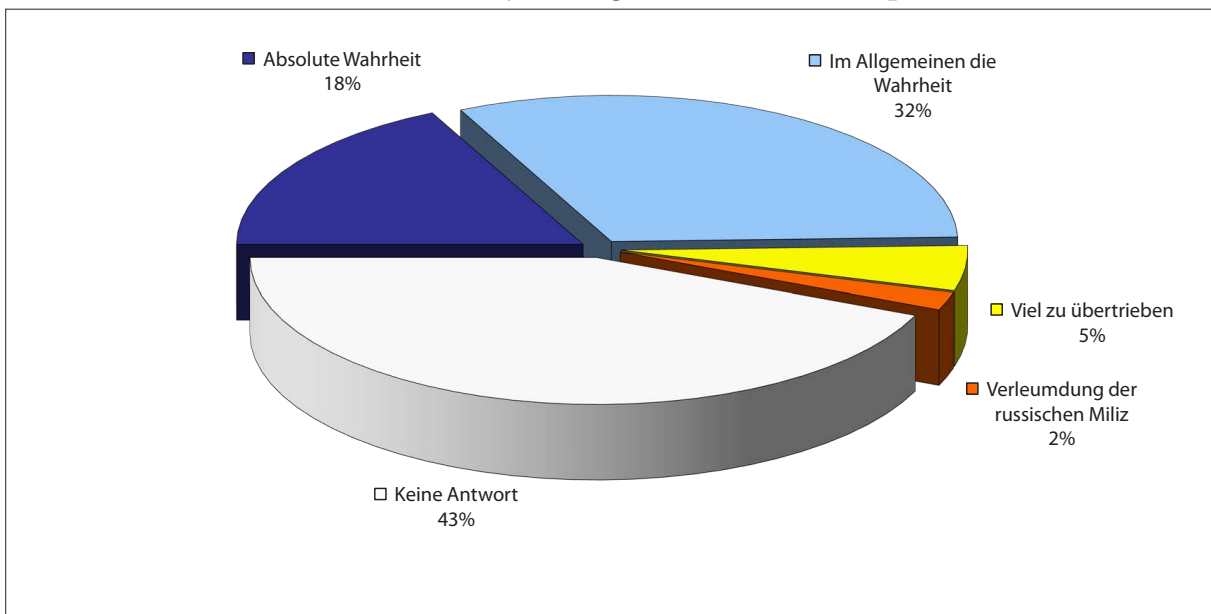
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 12.–15. September 2008 <http://www.levada.ru/press/2008101401.html>



**Grafik 6: Haben Sie die Videobotschaft des Majors der Miliz Aleksej Dymowskij gesehen?**

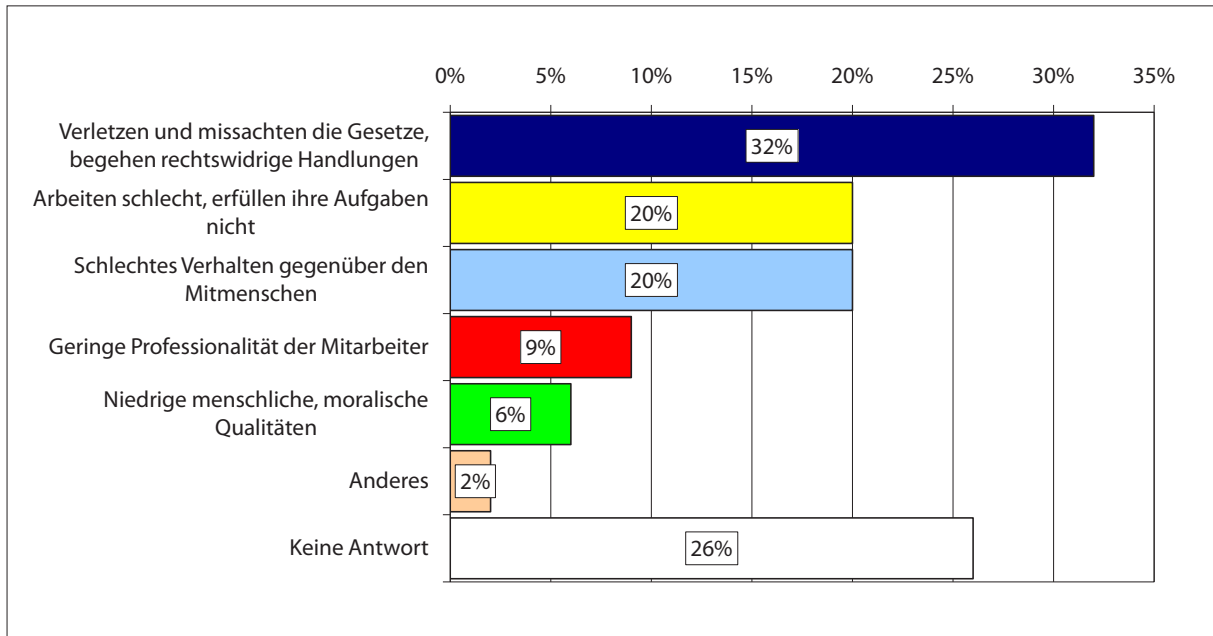


**Grafik 7: Denken Sie, dass Dymowskij's Aussagen der Wahrheit entsprechen?**

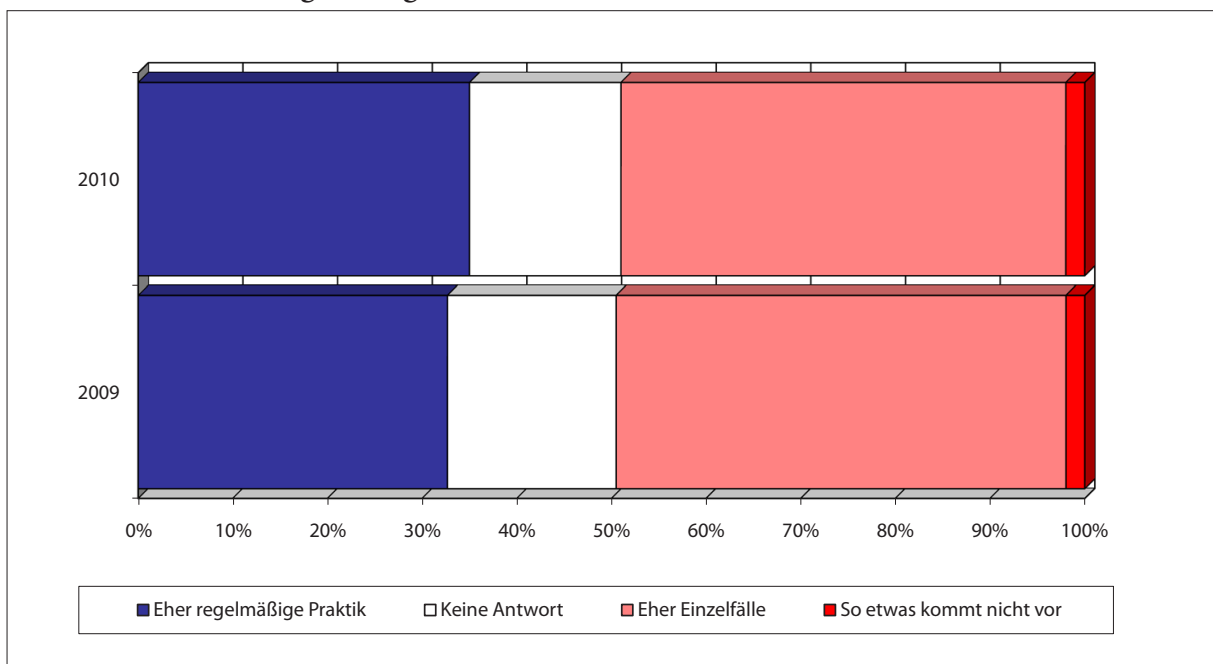


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. November 2009 <http://www.levada.ru/press/2009112511.html>

**Grafik 8: Was sind Ihre grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber der Arbeit der Mitarbeiter des Innenministeriums?**

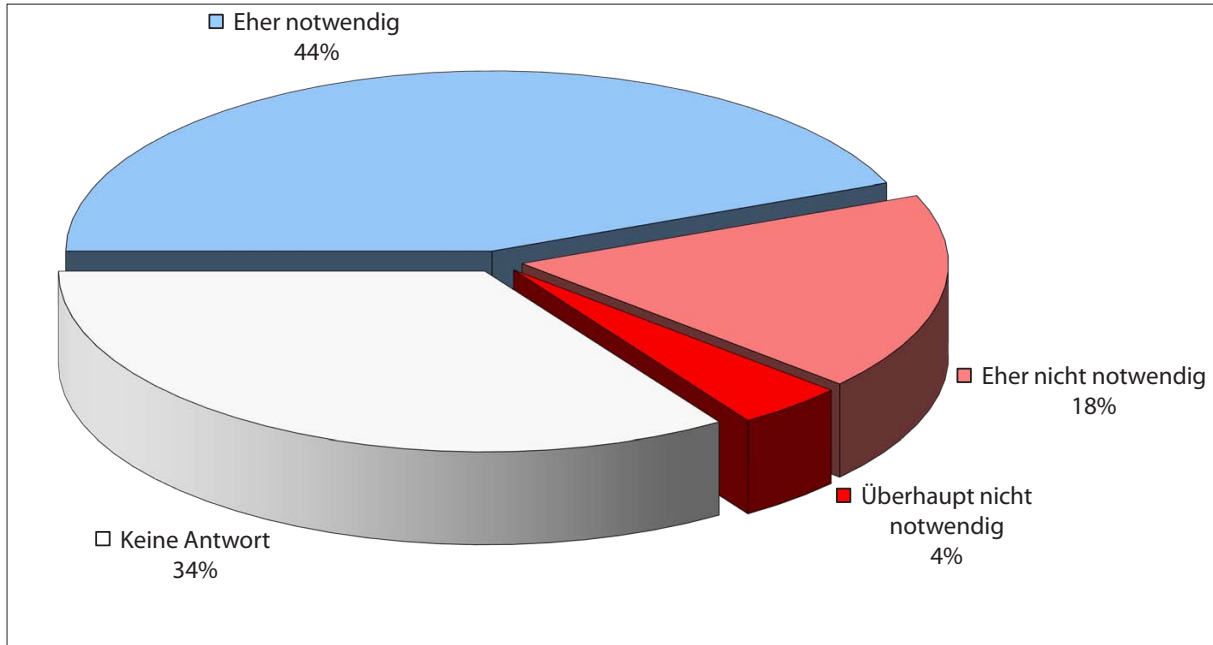


**Grafik 9: Sind rechtswidrige Handlungen von Seiten der Mitarbeiter der Miliz Ihrer Meinung nach eine regelmäßige Praxis oder Einzelfälle?**

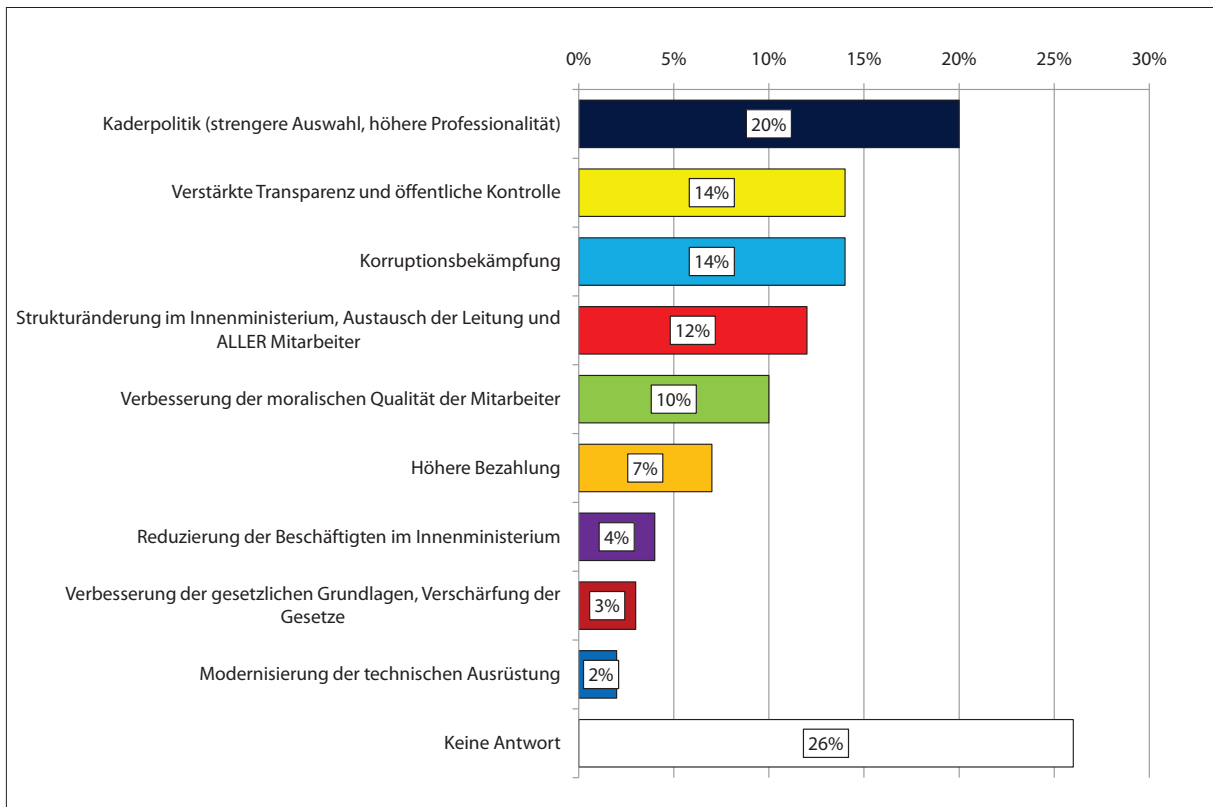


Quelle: Umfragen des WZIAM vom 19.–20. Juni 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13684.html>

**Grafik 10: Ist die Reform des Innenministeriums (MWD) notwendig?**

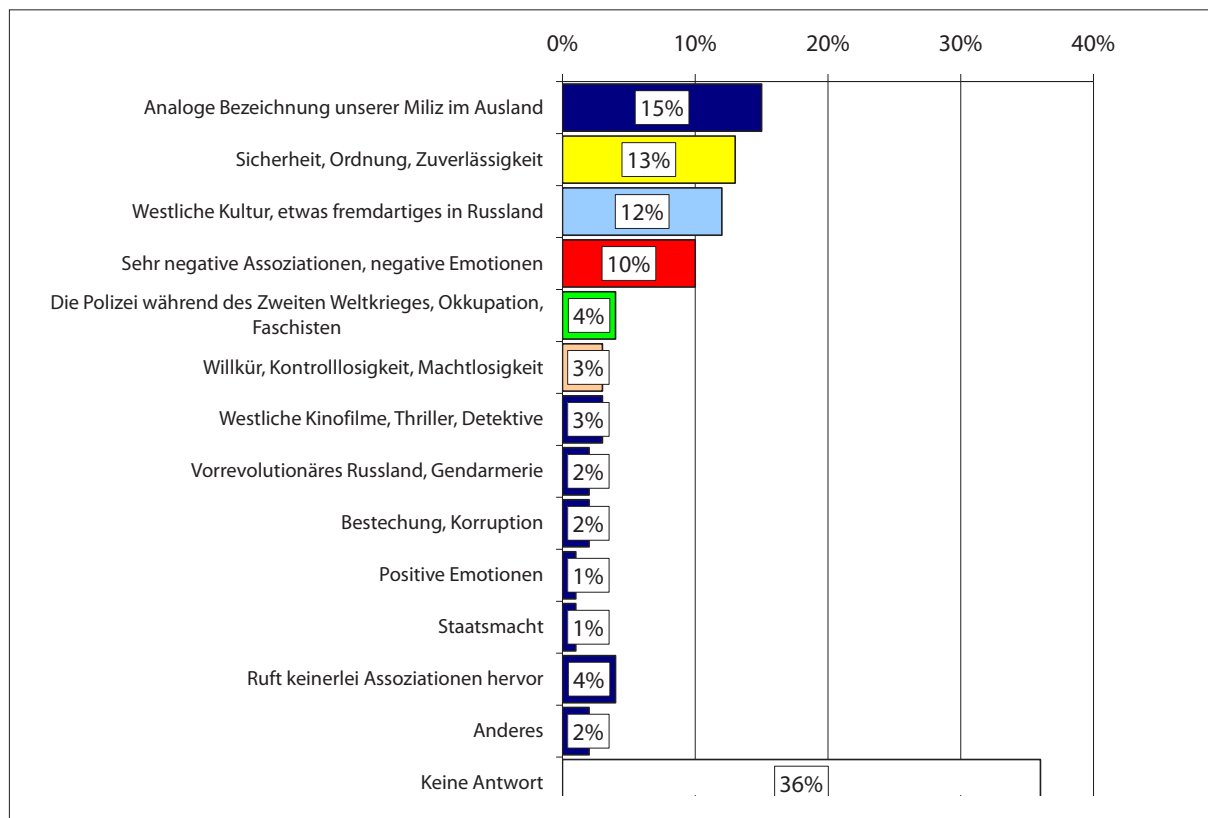


**Grafik 11: Was sollte konkret im MWD reformiert werden?**

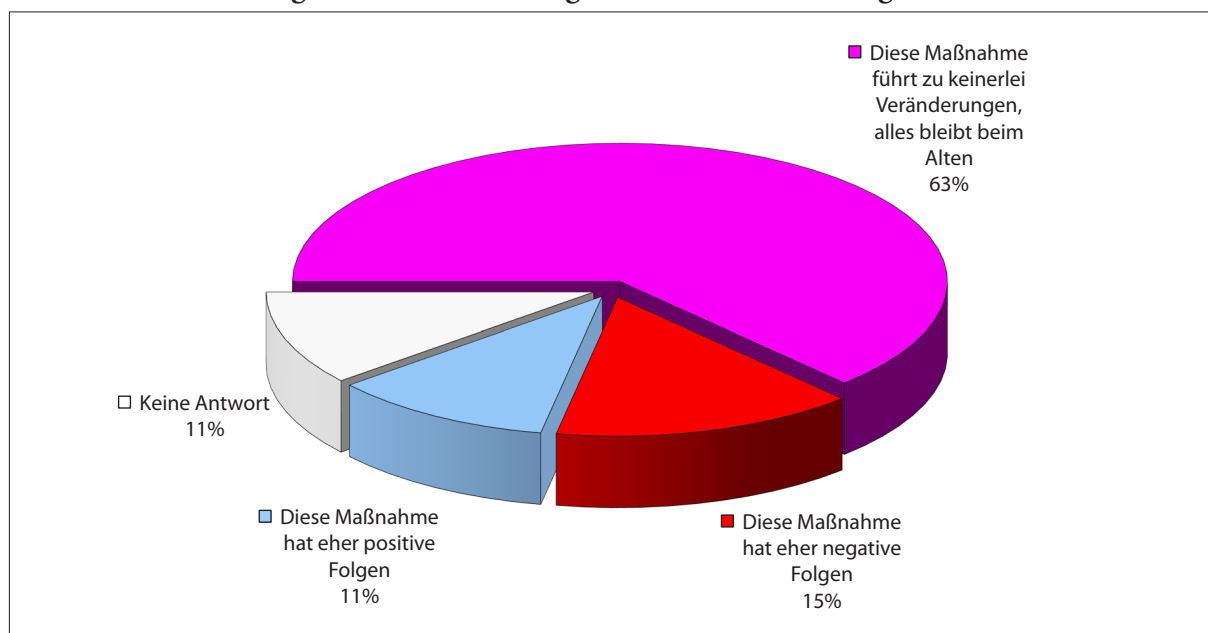


Quelle: Umfragen des WZIAM vom 19.–20. Juni 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13654.html>

**Grafik 12: Was assoziieren Sie mit dem Wort »Polizei«?**



**Grafik 13: Welche Folgen hat Ihrer Meinung nach die Umbenennung der Miliz in Polizei?**



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.–15. August 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13744.html>

## Die Waldbrände in Russland – ein Überblick

Von Christoph Laug, Konstanz

### Zusammenfassung

Im Sommer 2010 erlebte Russland eine ungewöhnliche Hitze- und Trockenheitsperiode. Im August erreichte die Temperatur laut Auskunft der Meteorologen die höchsten Werte seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Auf Grund der extremen Trockenheit brannte es schon im Mai vielerorts in den Wäldern. Im Verlaufe der nächsten Wochen breiteten sich Brände immer weiter aus, griffen auf Wohngebiete über und gefährdeten militärische Einrichtungen und Industrieanlagen. Nach Angaben des russischen Katastrophenschutzministeriums (*MTschS*) wurden etwa 90 % der Waldbrände von Menschen verursacht. Vor allem an Wochenenden stieg die Zahl neuer Brandherde drastisch nach oben.

### Bilanz

Die Bilanz des Katastrophensommers 2010 ist erschreckend. Nach Angaben des russischen Katastrophenschutzministeriums wurden zwischen Anfang des Jahres und dem 7. September 2010 über 30.000 Brandherde gezählt, davon mehr als 1.000 in trockengelegten Torfmooren. Die gesamte, durch Feuer zerstörte Fläche beläuft sich nach Angaben des *MTschS* auf 1,25 Mio. Hektar. Die »Föderale Agentur für Forstwirtschaft« (*Rosleschos*) kommt auf 1,5 Mio. Hektar. Diese Zahlen liegen jedoch deutlich unter den Berechnungen von wissenschaftlichen Einrichtungen. Das »Institut für Weltraumforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften« (RAW), das zur Auswertung Satellitenbilder verwendet, taxierte die zerstörte Waldfläche alleine bis zum 18. August auf 5,8 Mio. Hektar <http://smis.iki.rssi.ru/>. Das »Sukatschow-Waldforschungsinstitut der Sibirischen Abteilung der RAW« kommt auf eine ähnliche Zahl – 5,9 Mio. Hektar – ebenfalls aufgrund der Auswertung von Satellitenaufnahmen. Diese Berechnungen lassen die offiziellen Angaben zumindest fragwürdig erscheinen. Auf den Zusammenhang intensiver Trockenheitsperioden und globalem Klimawandel weisen bisher nur Ökologen hin. Sie geben an, dass die von Waldbränden zerstörte Fläche in den letzten 15 Jahren um das Dreifache zugenommen hat.

Von Waldbränden betroffen waren mehr als 60 Biosphärenreservate und Nationalparks mit einzigartiger Flora und Fauna sowie geschützten Tier- und Pflanzenarten. Zudem gab das *Rosleschos*, die »Föderale Agentur für Forstwirtschaft«, bekannt, dass von Mitte Juni bis Anfang August auf fast 4.000 Hektar radioaktiv verseuchter Böden Waldbrände registriert wurden. Nach scharfer Kritik seitens des Ministers für Katastrophenschutz, Sergej Schojgu, bezüglich des zu offenen Umgangs mit den Medien, wurde die Internetseite des »Russischen Zentrums zum Schutz des Waldes« (*Roslesosaschtschity* <http://les.mnr.gov.ru/>) das zu *Rosleschos* gehört, Mitte August geschlossen.

Dem Feuer fielen, nach Angaben des Ministeriums für Regionen (*Minregiony*), bis Ende August 147 Siedlun-

gen und ca. 2.500 Wohnhäuser zum Opfer. Mehr als 60 Personen kamen in den Flammen ums Leben, darunter drei Mitarbeiter des Katastrophenschutzministeriums.

### Spezifik der Brände

Grundsätzlich lassen sich Waldbrände in drei Typen unterteilen. Brände in niederem Waldbereich machen ca. 90 % der Waldbrände aus und breiten sich mit Geschwindigkeiten von 0,1 bis 3 Metern pro Minute eher langsam aus. Bei Windeinwirkung können niedrigere Brände jedoch an Höhe gewinnen und sich mit einer Geschwindigkeit von bis zu 100 Meter pro Minute ausbreiten. Gegen solche Feuerstürme kann die Feuerbekämpfung vom Boden aus nicht viel ausrichten. Und hier setzt schon das erste Problem der russischen Brandbekämpfung ein: Man benötigt Löschflugzeuge in ausreichender Zahl. Zur Bekämpfung der Waldbrände in Russland standen jedoch nur 25 einsatzfähige Flugzeuge bereit (Kanada besitzt ca. 50, die USA sogar ca. 100 solcher Flugzeuge).

Zahlreiche Brandherde gab es in den vor den Toren der Hauptstadt gelegenen, in Zaren- und Sowjetzeit zur Energiegewinnung trockengelegten Torfmooren. Die unterirdischen, sich in alle Richtungen ausbreitenden Schwelbrände sind äußerst schwer zu löschen und bieten bei aufkommendem Wind leichten Zündstoff für neue Brände. Die Torfbrände führten in Moskau zu erheblichen Belastungen der Atemluft. Die Bilder des verrauchten Moskauer waren eine eindrucksvolle Illustration dieses Problems.

### Falsche politische Richtungsentscheidungen

Vor allem von Seiten zivilgesellschaftlicher und Umweltschutzgruppen, Ökologen und Waldexperten wird die Politik für das Ausmaß der Katastrophe verantwortlich gemacht. Ohne Zweifel ist die lang anhaltende und extreme Trockenheit dieses Sommers ursächlich für die Brände. Die politischen Entscheidungen des letzten Jahrzehnts spielen jedoch eine wichtige Rolle, wenn man nach den Gründen für das Versagen der Brandbekämpfung fragt.

Eine der ersten Amtshandlungen Wladimir Putins als Präsident der Russischen Föderation war am 17. Mai 2000 die Auflösung des vormals eigenständigen »Föderalen Dienstes für Forstwirtschaft« (*Rosleschos*) und des »Staatskomitees zum Schutz der Umwelt« (*Goskomekologija*). Beide Behörden wurden dem »Ministerium für Naturressourcen« eingegliedert. *Rosleschos* hatte über ein flächendeckendes Frühwarnsystem mit ausgebildeten Waldarbeitern sowie über die notwendige technische Ausrüstung zur Bekämpfung von Waldbränden verfügt, darunter eine Flugzeugflotte für den Löschereinsatz aus der Luft (*Awialesochrana*). Bei der Eingliederung der Behörde in das »Ministerium für Naturressourcen« wurden 150.000 Personen, d. h. drei Viertel der Mitarbeiter, entlassen. Nach Einschätzung einiger Experten fehlte genau dieses professionelle Personal im Sommer 2010.

Die Novellierung des Waldkodexes im Jahr 2007 versetzte dem Schutz der Wälder einen weiteren Schlag. Die »Föderale Agentur für Forstwirtschaft«, die 2004 in Nachfolge des 2000 aufgelösten »Föderalen Dienstes für Forstwirtschaft« gebildet worden war, verlor erneut die Zuständigkeit für die zentrale Überwachung des Waldes. Stattdessen sollten sich nun die regionalen Behörden sowie die Pächter der jeweiligen Waldstücke um den Schutz des Waldes kümmern. Ausschlaggebend für die Überlassung eines Waldgebietes an einen Pächter war jedoch nicht die Ausrüstung für die Bekämpfung möglicher Waldbrände, sondern die Höhe der bezahlten Pachtgebühr, was auf eine Kommerzialisierung des Waldes hinauslief. Durch den neuen Waldkodex verlor die föderale Ebene die Möglichkeit, die regionale Verwaltung zur Einhaltung des Waldschutzes zu zwingen. Der regionalen Ebene wiederum war verwehrt, den Pächtern auf die Finger zu schauen. Auf föderaler Ebene verblieben alleine 12.000 primär mit administrativen Aufgaben befasste Beschäftigte – anstelle der vormals 70.000 hauptamtlich dem Schutz der Wälder verpflichteten Waldarbeiter.

Erhebliche Auswirkungen hatte auch der Abbau der föderalen Waldüberwachung aus der Luft (*Awialesochrana*). Im Zuge des neuen Waldkodexes wurden 24 Stützpunkte, die zwei Drittel des vormals überwachten Waldgebietes abdeckten, geschlossen. Der Waldschutz aus der Luft ermöglichte den schnellen Einsatz von Fachpersonal in weit entlegenen Gebieten. Die Regionalisierung des Waldschutzes führte dazu, dass Brandherde nicht rechtzeitig entdeckt werden konnten und dann oft außer Kontrolle gerieten. In den 1990er Jahren wurden noch 85 % der Waldbrände aus der Luft entdeckt und bis zu 45 % der Brände durch Einsatz von Flugzeugen gelöscht. 2010 wurde nur ein Drittel der Brandherde aus der Luft aufgespürt. Von vormals 300 Flugzeugen ste-

hen russlandweit nur noch 50 Flugzeuge zur Verfügung, von denen allerdings nur die Hälfte einsatzbereit ist.

Der russische Präsident Medwedew beschrieb die allgemeine Problematik. Nach seinen Angaben sind nur 13 % des russischen Territoriums an juristische Personen oder Betriebe verpachtet. Das übrige fast eine Milliarde Hektar große Gebiet wird vom Staatsfond verwaltet, der keinerlei spezialisiertes Personal zur Überwachung dieser Waldflächen bereitstellt – eine Aufgabe, die vormals das *Rosleschos* ausgeübt hat. Von eben jenen Gebieten breitete sich in diesem Sommer die Mehrzahl der Waldbrände aus. Dies veranlasste Präsident Dmitrij Medwedew, am 8. September eine Überarbeitung des Waldkodexes anzuordnen. Zudem gliederte er per Erlass die »Föderale Agentur für Forstwirtschaft« (*Rosleschos*) aus dem Geschäftsbereich des »Ministeriums für Naturressourcen« aus und unterstellte sie direkt der Regierung.

Die föderalen Mittel, die den Regionen für den Schutz des Waldes sowie die Vorsorge gegen Waldbrände zur Verfügung gestellt werden, sind mit 2,2 Mrd. Rubel sehr gering bemessen. Dies fällt deshalb besonders ins Gewicht, da seit der Restrukturierung von *Rosleschos* keine eigenen Einnahmen aus der Forstwirtschaft erzielt werden können. Pro Hektar Waldfläche gibt etwa Kasachstan doppelt so viel Geld für den Waldschutz aus wie Russland, Weißrussland sogar das 13-fache. Auf Grund der unzureichenden Finanzierung, durch die Entlassung von Fachleuten und wegen der komplizierten Zuständigkeiten (das für die Brandbekämpfung zuständige *MTschS* bekämpft Brände nur, wenn Siedlungen unmittelbar in Gefahr sind) waren die russischen Stellen nicht in der Lage, die Waldbrände rechtzeitig und erfolgreich zu bekämpfen.

### Reaktionen in Gesellschaft und Politik

Umso bemerkenswerter ist die Selbstorganisation der russischen Bevölkerung. In vielen Blogs koordinierten sich Freiwillige zum Einsatz gegen die Waldbrände. Umweltschützer sehen den Beitrag der Freiwilligen als gleichwertig mit dem Einsatz offizieller Strukturen. Auch entstanden Netzwerke, die gespendete Hilfsgüter an Betroffene weiterleiteten.

Staatlicherseits wurde das gesellschaftliche Engagement kleingeredet – wie auch die Ausbreitung der Schadensfeuer in den Waldgebieten. Das für Brandbekämpfung zuständige *MTschS* verschwieg von Mai bis Juni das Ausmaß der Waldbrände. Erst im Juli, als sich die katastrophale Entwicklung nicht länger verheimlichen ließ, agierte man offener.

Die politische Führung reagierte erst im August. Ministerpräsident Wladimir Putin zeigte, offenbar besorgt um seine Umfragewerte, gesteigerte Aktivität. Er ließ sich beim Löschen im Gebiet Rjasan im Cockpit

eines Amphibienflugzeugs filmen sowie bei Besuchen in durch Feuer zerstörten Siedlungen. Den von Waldbränden Betroffenen versprach Putin finanzielle Kompensationen. Dabei demonstrierte er seine Vorstellung von der »Machtvertikale«, in dem er den Wiederaufbau der niedergebrannten Häuser durch den Einsatz von Videokameras überwachen ließ, deren Bilder für jeden auf der

Internetseite der Regierung einsehbar sind <http://premier.gov.ru/build/>. Damit bestätigte er die verbreitete Auffassung, dass den regionalen Behörden und den regionalen Vertretern der »Macht« nicht zu trauen ist. Diese Öffentlichkeitsarbeit hatte offenbar Erfolg, jedenfalls zeigen Meinungsumfragen, dass die Staatsführung nach wie vor hohe Zustimmungsraten hat.

*Über den Autor*

Christoph Laug studiert an der Universität Konstanz den Master Osteuropastudien. Er hat an der Universität Potsdam seinen b.a. mit einer Arbeit über Perzeption von Klimawandel in Russland erworben und arbeitet im Werkvertrag für die Russlandanalysen.

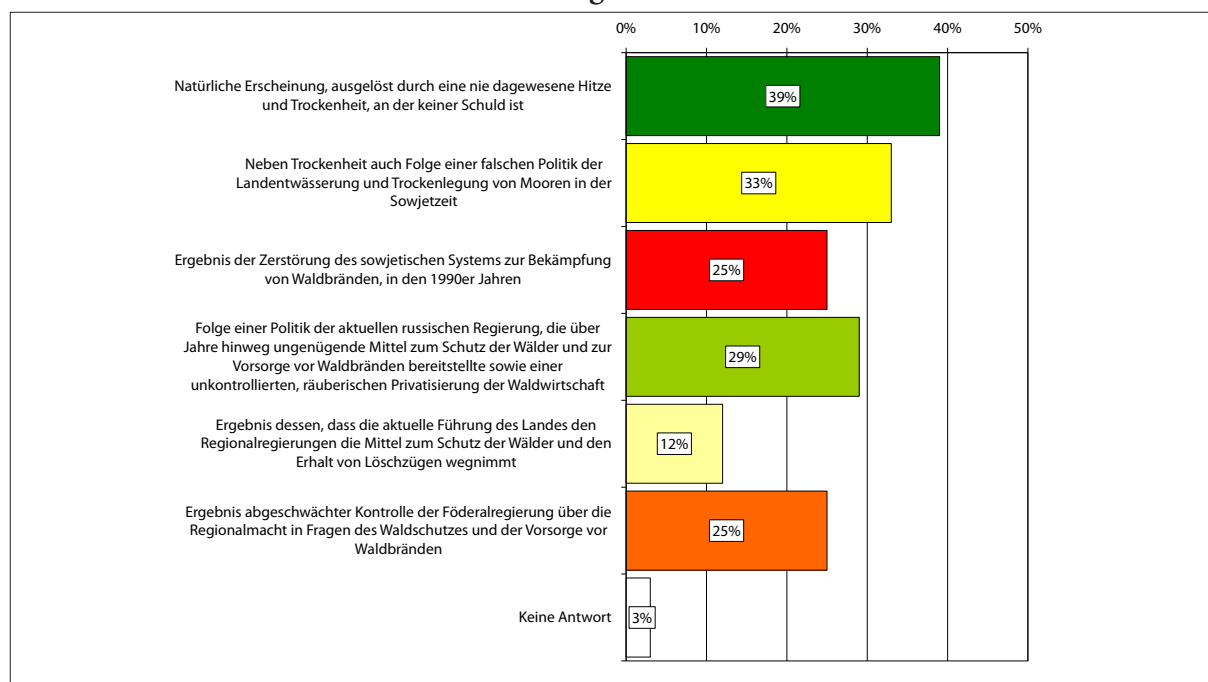
*Links zu den Waldbränden (auf russisch und englisch)*

- Die Seite des Russischen zivilgesellschaftlichen Wald-Clubs <http://www.forest.ru/>
- Das russische Ministerium für Katastrophenschutz <http://mchs.gov.ru/>
- Die russische Sektion von Greenpeace <http://www.greenpeace.org/russia/ru/>
- Ein inoffizieller Blog zur den Waldbränden 2010 [http://community.livejournal.com/pozar\\_ru/](http://community.livejournal.com/pozar_ru/)
- Das Fire Information for Resource Management System (FIRMS) der University of Maryland <http://firefly.geog.umd.edu/firemap/>
- Das Global Fire Monitoring Center (GFMC) [www.fire.uni-freiburg.de/](http://www.fire.uni-freiburg.de/)
- Eine inoffizielle Informationsseite zu den Waldbränden 2010 <http://www.fire.nad.ru/>
- Das Institut für Weltraumforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften <http://smis.iki.rssi.ru/>
- Der russische Waldschutz aus der Luft (Awialesochrana) <http://www.aviales.ru/default.aspx?textpage=25>
- Ein Untersuchungsbericht zu den Gründen und Folgen der Waldbrände 2010, gefördert durch die russische demokratische Partei Jabloko [http://www.yabloko.ru/mneniya\\_i\\_publicatsii/2010/09/14](http://www.yabloko.ru/mneniya_i_publicatsii/2010/09/14)

UMFRAGE

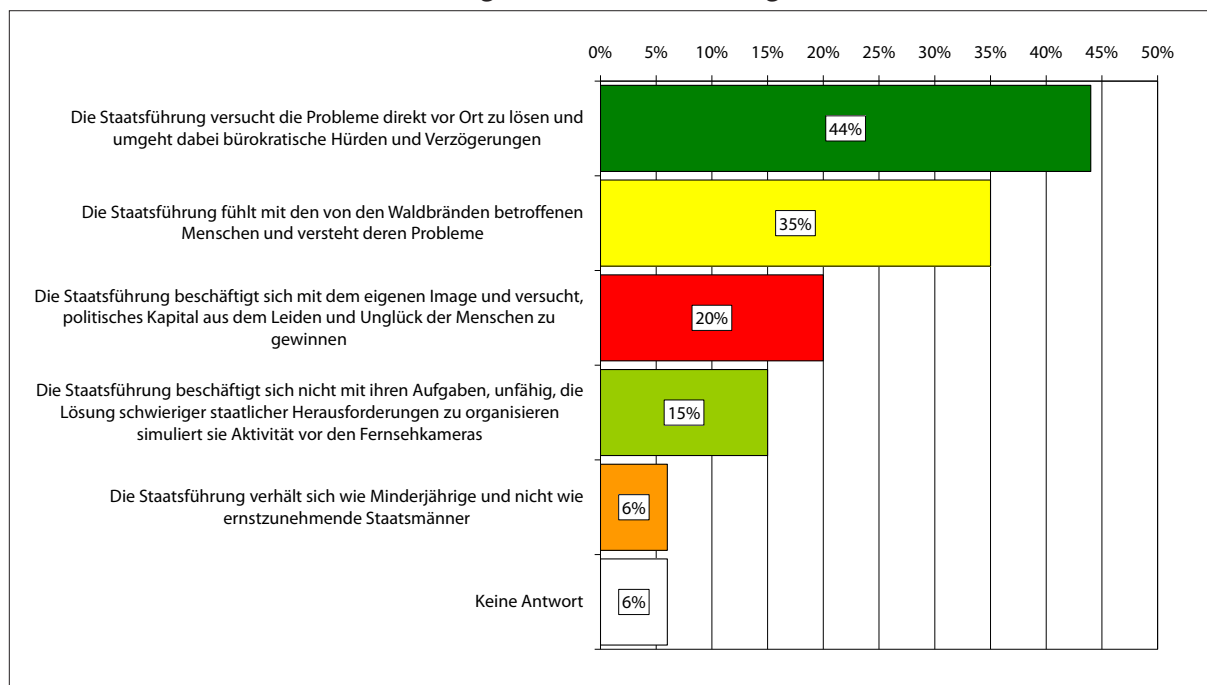
## Die Waldbrände 2010 in Meinungsumfragen

Grafik 14: Wo sehen Sie die Ursachen der ausgedehnten Waldbrände 2010?



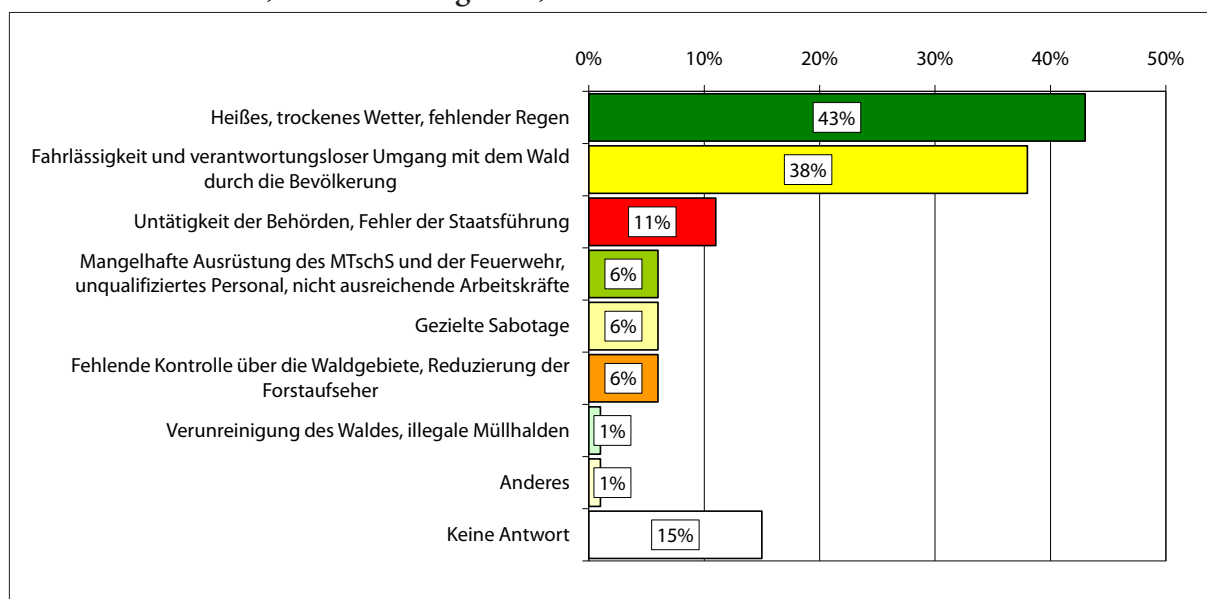
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23.08.2010 <http://www.levada.ru/press/2010082601.html>

**Grafik 15: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der Staatsführung während der Waldbrände?**



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23.08.2010 <http://www.levada.ru/press/2010082601.html>

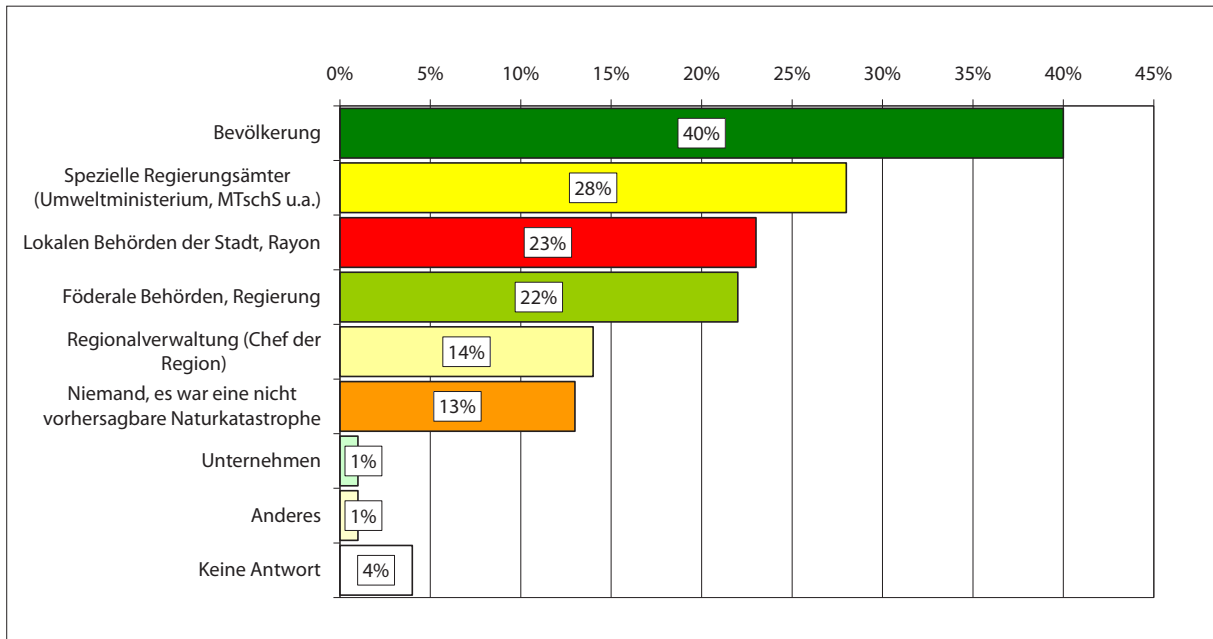
**Grafik 16: Was sind, Ihrer Meinung nach, die wesentlichen Ursachen der Waldbrände?**



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 21.–22. August 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13775.html>

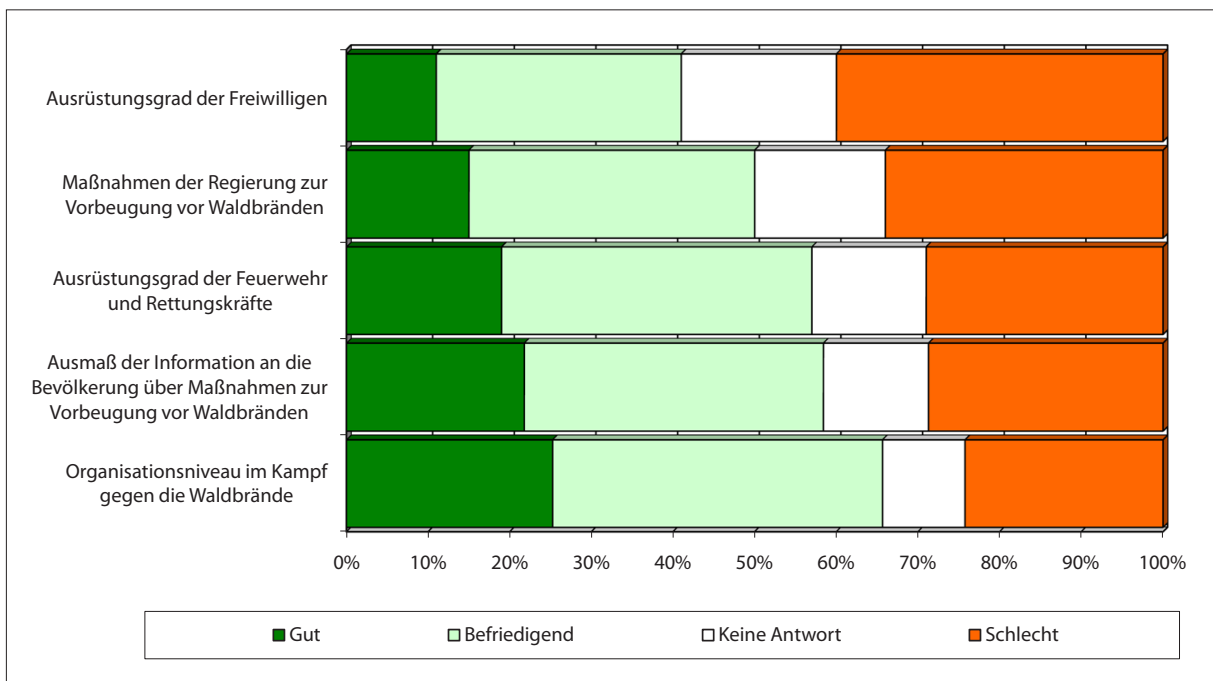


**Grafik 17: Wer trägt, Ihrer Meinung nach, die Verantwortung für die großflächige Ausbreitung der Waldbrände?**



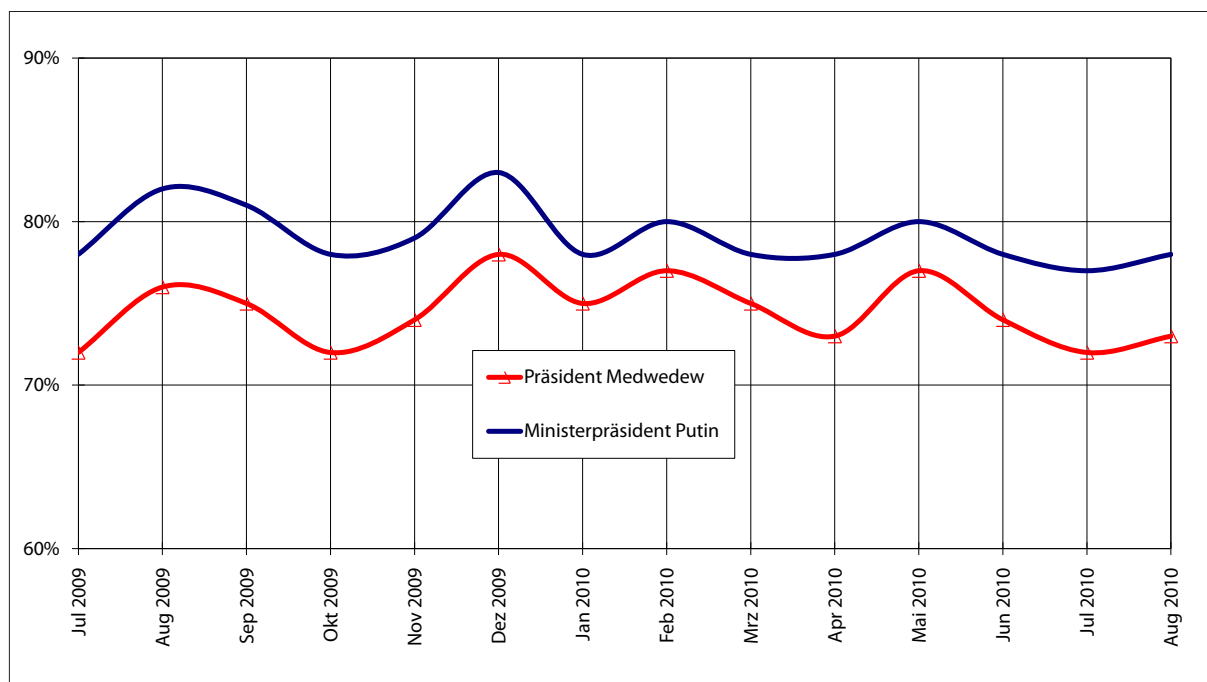
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 21.–22. August 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13775.html>

**Grafik 18: Wie bewerten Sie ...**



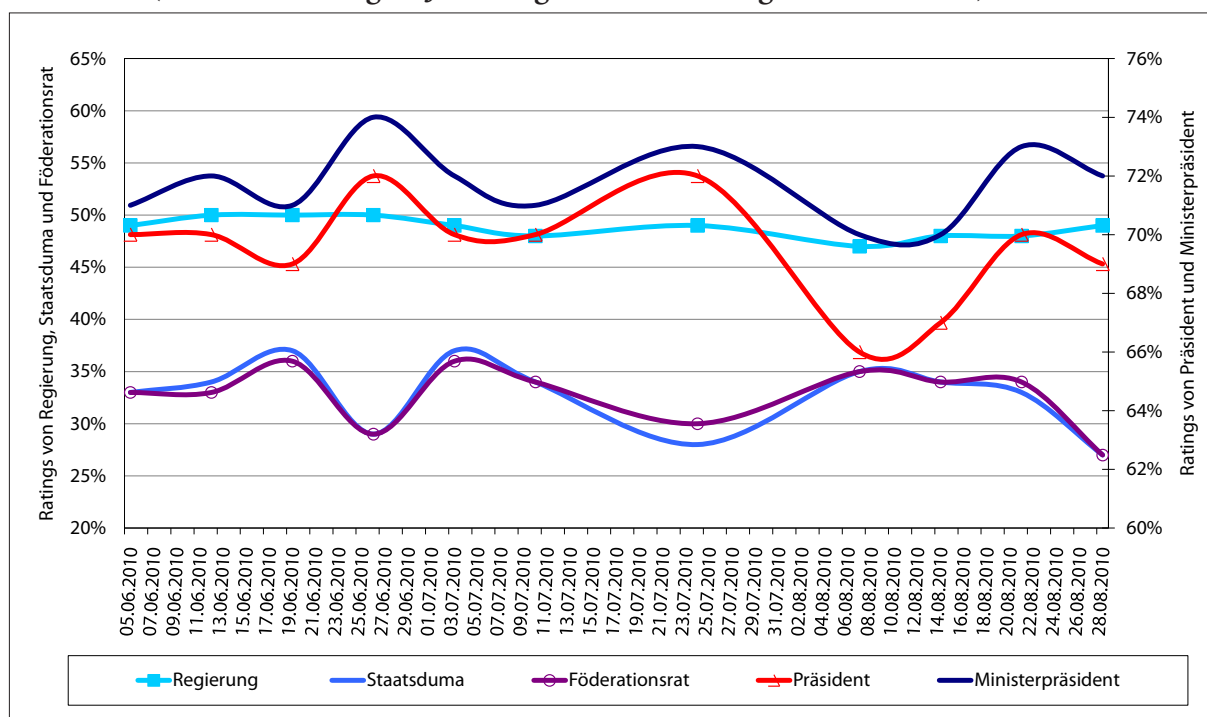
Quelle: Umfragen des Fom vom 14.–15. August <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1032/d103217>

**Grafik 19: Wie bewerten Sie die Arbeit des Präsidenten und des Ministerpräsidenten?**  
(Positive Wertungen, Juli 2009–August 2010, Umfragen des Lewada-Zentrums)



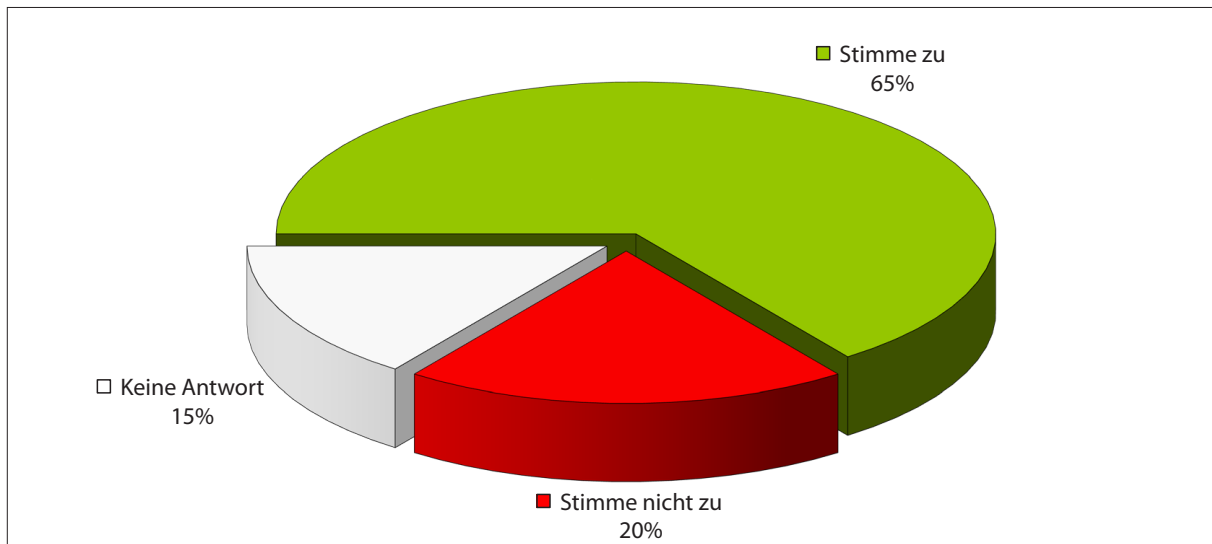
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. August 2010 <http://www.levada.ru/press/2010082603.html>

**Grafik 20: Wie bewerten Sie die Arbeit von Exekutive und Legislative?**  
(Positive Wertungen, Juni–August 2010, Umfragen des WZIOM)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.–29. August 2010 <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/13786.html>

**Grafik 21: Ist die Rekordhitze in den zentralen Gebieten Russlands ein Ergebnis der globalen Klimaveränderungen?**



Quelle: Umfragen des FOM vom 24.–25. Juli 2010 <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1029/d102916>

## DOKUMENTATION

### Amnesty: Massnahmen der Staatsanwaltschaft in Moskau markieren weitere Verschärfung im Vorgehen gegen Menschenrechtsorganisationen

BERLIN, 15.09.2010 – Amnesty International verurteilt das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen mehrere Menschenrechtsorganisationen in Moskau. Beamte der Staatsanwaltschaft hatten am Dienstag (14.09.2010) unter anderem von der Moskauer Helsinki-Gruppe, dem Zentrum zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten, dem russischen Zweig von Transparency International und der Nichtregierungsorganisation »Golos« kurzfristig die Übergabe von Dokumenten – insbesondere Finanzunterlagen – verlangt.

»Diese offenbar konzertierte Aktion markiert eine neue, schärfere Gangart im Vorgehen gegen die Zivilgesellschaft«, sagt Peter Franck, Russland-Experte von Amnesty International in Deutschland. »Auch wenn Präsident Medwedew gerne das Gegenteil behauptet: Die russischen Behörden wenden das NGO-Gesetz immer wieder an, um die Zivilgesellschaft einzuschüchtern!« Das sogenannte NOG-Gesetz gilt seit April 2006, es erschwert bürokratisch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und ermöglicht den Behörden erhebliche Eingriffsbefugnisse unter unklaren Voraussetzungen.

Laut Informationen von Amnesty hatte die Moskauer Helsinki-Gruppe erst in der Nacht zu Dienstag ein Fax erhalten, in dem sie aufgefordert wurden, am folgenden Vormittag die Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft vorzulegen. Wie die Organisationen berichteten, begründete die Staatsanwaltschaft dies mit keinem strafrechtlicher Verdacht gegen die Verantwortlichen der Organisationen. Zur Begründungen hieß es, es gehe lediglich darum, die Tätigkeit der Organisationen nach Maßgabe der Bestimmungen der NGO-Gesetzes überprüfen zu wollen. »Für solche »Überprüfungen« ist allein das Justizministerium zuständig«, so Russland-Experte Franck.

Pressemitteilung

Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

## Vom 20. August bis zum 23. September 2010

20.8.2010	Das russische Verteidigungsministerium schreibt den Bau von zwei Flugzeugträgern für die russische Marine international aus. Parallel laufen Verhandlungen über den Ankauf von vier französischen Mistral-Hubschrauberträgern. Kommentatoren werten die Ausschreibung als Versuch, den Preis zu drücken.
20.8.2010	Während des Staatsbesuchs von Dmitrij Medwedew in Armenien unterzeichnen beide Länder ein Zusatzprotokoll, wonach die Russische Armee ihre Militärbasis in Gjumri bis zum Jahre 2044 behält.
20.8.2010	Ministerpräsident Wladimir Putin entlässt den Leiter der Föderalen Waldwirtschaftsbehörde (Rosleschos) Aleksej Sawinow und ernennt dessen bisherigen Stellvertreter, Viktor Masljakow, zum neuen Leiter.
22.8.2010	In Moskau demonstrieren auf dem Puschkinplatz Mitglieder der Opposition für den Erhalt des Waldes in Chimki. Im Rahmen der Veranstaltung treten verschiedene Künstler auf, u. a. Jurij Schewtschuk.
23.8.2010	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte werden im Dorf Pliewo, Rayon Nasran (Inguschetien) vier Untergrundkämpfer getötet, darunter der 23-jährige Anführer der inguschetischen Kämpfer, Iles Gardanow.
23.8.2010	Laut Analysezentrum des Internationalen Waffenhandels (CAMTO) belegt die Russische Föderation im Jahr 2009 mit \$37,875 Mrd. den siebten Platz des weltweiten Waffenhandels. Davor die USA (\$574 Mrd.), China (\$70 Mrd.), Großbritannien (\$59,131 Mrd.), Frankreich (\$54,446 Mrd.), Japan (\$49,74 Mrd.) und Deutschland (\$47,466 Mrd.). Die weltweiten Rüstungsausgaben beliefen sich danach 2009 auf \$1,335 Billion. Im Vergleich zum Vorjahr sank der russische Anteil am weltweiten Waffenhandel um \$40,426 Mrd.
24.8.2010	In der Nähe von Chasawjurt (Dagestan) werden fünf Personen getötet, die bei einer Fahrzeugkontrolle durch russische Spezialeinheiten bewaffneten Widerstand leisten.
25.8.2010	Die irische Popgruppe U2 gibt vor 75.000 Zuschauern im Moskauer Sportstadion Lushniki ihr erstes Konzert in Russland. Im Rahmen des Konzerts tritt der russische Rocksänger und Regierungskritiker Jurij Schewtschuk gemeinsam mit U2-Sänger Bono auf.
26.8.2010	Dmitrij Medwedew beauftragt Wladimir Putin und die russische Regierung, den Bau der geplanten 18-spurigen Autotrasse Moskau-St. Petersburg durch den Wald von Chimki zu unterbrechen und weitere Gespräche mit Experten und der Bevölkerung zu suchen. Dies geschieht auf Ersuchen der Partei »Einiges Russland«.
26.8.2010	Lew Ponomarow, russischer Bürgerrechtler, wird wegen der Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung sowie Widerstands gegen die Polizei zu drei Tagen Haft verurteilt. Dies ist die erste Verurteilung eines prominenten Bürgerrechtlers in der Amtszeit Dmitrij Medwedews. Am Folgetag wird auch der Vorsitzende der Moskauer Oppositionsbewegung »Solidarität« Michail Schnejder zu drei Tagen Haft verurteilt.
29.8.2010	Untergrundkämpfer greifen Zentoroi an, das Heimatdorf des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. Bei den Gefechten, über deren Verlauf verschiedene Versionen verbreitet werden, werden angeblich 12 Untergrundkämpfer sowie zwei Polizisten und fünf Zivilisten getötet.
29.8.2010	Eine Gruppe von ca. 100 Personen stürmt das Rockfestival ‚Tornado‘ bei Miass (Gebiet Tscheljabinsk) und greift die Zuhörer an. 19 Jugendliche werden zum Teil schwer verletzt. Über den Hintergrund kursieren unterschiedliche Versionen. U. a. wird der Überfall mit den bevorstehenden Regionalwahlen in Verbindung gebracht.
30.8.2010	In Chasawjurt (Dagestan) werden bei einer Spezialoperation zwei Untergrundkämpfer getötet.
31.8.2010	Auf dem Moskauer Triumphalplatz versammeln sich etwa 500 Menschen, um an den Artikel 31 der russischen Verfassung zu erinnern, der die Versammlungsfreiheit garantiert. Etwa 100 Personen werden festgenommen. In St. Petersburg versammeln sich gleichzeitig 200 Menschen, wovon 90 festgenommen werden. Weitere Versammlungen finden in Jekaterinburg, Krasnodar, Tomsk, Wladiwostok und Woronesh statt.
02.9.2010	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt die Verlängerung der Untersuchungshaft gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew in ihrem zweiten Verfahren. Die Verteidigung reichte gegen das Urteil vom 16.08. Berufung ein, da Präsident Dmitrij Medwedew im April eine Novellierung des Strafgesetzbuches verabschiedet hatte, wonach Unternehmer nicht in Untersuchungshaft festgehalten werden können.
03.9.2010	In den Gebieten Wolgograd, Samara und Saratow sind erneut Waldbrände ausgebrochen. Acht Personen kommen ums Leben, 28 werden verletzt, über 500 Gebäude brennen nieder.
05.9.2010	Bei einem Selbstmordattentat auf einem Truppenübungsplatz bei Bujnask (Dagestan) sterben fünf Wehrdienstleistende, über 30 weitere werden verletzt.
09.9.2010	Ein Selbstmordattentäter zündet auf einem zentralen Markt in Wladikawkas (Nordossetien) eine Autobombe. 18 Menschen werden getötet, mehr als 130 verletzt.
11.9.2010	Im Rayon Elbrus (Kabardino-Balkarien) wird eine Gaspipeline von Unbekannten zerstört.

12.9.2010	In Machatschkala (Dagestan) wird Gapal Gadshijew, Chef der überregionalen Ermittlungsbehörde des Innenministeriums im Föderalbezirk Nordkaukasus, ermordet. Bei den folgenden Spezialoperationen werden zehn Untergrundkämpfer getötet. Bei weiteren Einsätzen im Dorf Komsomolskoe (Dagestan) werden drei Kämpfer, darunter der Anführer der Untergrundgruppe in Kisiljurt, Schamil Magomednabijew, sowie zwei Milizionäre getötet.
13.9.2010	Verschiedene Umweltschutzgruppen, darunter die Vereinigung zum Schutz des Waldes in Chimki, Greenpeace Russland, WWF Russland, das Zentrum zum Schutz der Biodiversität (CODP) und die Russische Vogelschutzvereinigung (RBCU) gründen die Koalition »Für den Wald im Moskauer Gebiet«.
15.9.2010	In Russland wird eine gesellschaftliche Bewegung unter dem Namen »Vorwärts Russland« gegründet, die sich für eine beschleunigte Modernisierung einsetzt. Die Mitglieder setzen sich aus Aktivisten der Kommunistischen Partei Russlands, Gerechtes Russland, LDPR, Rechte Sache sowie Deputierten von Einiges Russland zusammen.
16.9.2010	Der Stellvertretende Generalstaatsanwalt Iwan Sydoruk teilt auf einer Veranstaltung in Naltschik (Inguschetien) mit, dass seit Beginn des Jahres ca. 150 Sicherheitskräfte sowie ca. 170 Untergrundkämpfer im Föderalbezirk Nordkaukasus getötet wurden. Die Zahl der Anschläge hat sich in den ersten acht Monaten im Vergleich zum gesamten Vorjahr vervierfacht.
16.9.2010	In den Rayons Sulejman-Stalskij und Magaramkentskij (Dagestan) werden bei Operationen der Sicherheitskräfte fünf Untergrundkämpfer getötet.
19.9.2010	Präsident Dmitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin gestatten der Regierungspartei »Einiges Russland«, bei Regionalwahlen mit ihrem Konterfei zu werben.
22.9.2010	Nach Angaben des Chefs der russischen Staatsanwaltschaft im Bezirk Nordkaukasus, Artjom Melnikow, wurden seit Beginn des Jahres im Verwaltungsbezirk Nordkaukasus mehr als 50 Terroranschläge verhindert, über 140 einsatzbereite Sprengladungen konfisziert und 160 Untergrundkämpfer getötet.
22.9.2010	Mit Bezugnahme auf die UN-Sanktionen gegen den Iran verbietet der russische Präsident Dmitrij Medwedew den Verkauf von Raketenabwehrsystemen S-300, Kampfflugzeugen und weiteren Rüstungsgütern an den Iran.
22.9.2010	In Russland sind erneut Waldbrände ausgebrochen. Im Nationalpark Pribajkalsk (Gebiet Irkutsk) brennen seit einigen Tagen in unzugänglichem Gebiet 70 Hektar Waldfläche.
23.9.2010	Die Oppositionspartei Jabloko beantragt gemäß dem Gesetz »Zum Widerstand gegen Korruption« eine Überprüfung der Angaben der Einkommensverhältnisse von Boris Gryslow, Sprecher von »Einiges Russland« in der Staatsduma, sowie zwei weiteren Abgeordneten.

(Die Chronik für die Sommermonate finden Sie auf der Homepage der Russland-Analysen  
[http://www.laender-analysen.de/russland/chroniken/Chronik\\_2010.html](http://www.laender-analysen.de/russland/chroniken/Chronik_2010.html))

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## Abstracts von Artikeln der Zeitschrift OSTEUROPA mit Russland-Bezug

OSTEUROPA 5/2010 »Altersbilder« ist dem Thema Kriegserinnerungen, Demographie und Altenpolitik gewidmet. Das Heft hat 320 Seiten, 65. Abb., 16 Karten und kostet 22,00 €. Es enthält folgende Beiträge über Russland:

**Irina Ščerbakova**

**Wenn Stumme mit Tauben reden**

**Generationendialog und Geschichtspolitik in Russland**

Der 65. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg im Mai 2010 ist der letzte, den eine nennenswerte Zahl von Kriegsteilnehmern noch erlebt. Vor zehn Jahren stand dem Mythos vom glänzenden Sieg noch die lebendige Erinnerung von Millionen Kriegsteilnehmern entgegen. Heute ist die Weitergabe eigener Erinnerung praktisch versiegt. Junge Menschen sind in Russland einer ideologisierten, pseudopatriotischen Erinnerungspolitik ausgeliefert. An sich wäre das Familiengedächtnis eine Quelle der Erinnerung. Doch selbst das war immer fragmentiert und widersprüchlich. Traumata und Zensur verhinderten, dass die Alten sich öffneten. Die umstürzende Dynamik der 1990er Jahre führte dazu, dass den Jungen die Werte und Erfahrung der Alten nichts mehr galten. Ein Zwiegespräch über historische Erfahrungen kam so kaum zustande.

**Sabine Erdmann-Kutnevic**

**Minimal versorgt, partiell geachtet**

**NS-Opfer in den ostslawischen Staaten**

Vor 65 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Einige der Rentnerinnen und Rentner in Belarus, der Ukraine und Russland sind bereits nach dem Krieg geboren. Doch der überwiegende Teil der Rentner hat den Krieg noch persönlich erlebt. Von staatlicher Seite wird zu wenig getan, um die älteren Menschen materiell, medizinisch und sozial zu versorgen. Ihre Fähigkeiten, Erfahrungen und Erinnerungen können sie nicht genügend in der Gesellschaft einbringen. Dabei ist das Verhältnis der Gesellschaft zu ihren alten Menschen ein Indikator dafür, wie zivilisiert und reif sie ist.

**Steffen Kröhnert, Stephan Sievert**

**Im Altern geeint**

**Demographische Trends im Osten Europas**

In vielen Ländern im Osten Europas gehen die Bevölkerungszahlen deutlich zurück. Verantwortlich dafür sind der Einbruch der Geburtenrate nach 1990, Abwanderung und teils sinkende Lebenserwartung. Während sich die demographische Schrumpfung vielerorts fortsetzt, wird die Zahl älterer Menschen deutlich wachsen. Denn auch die Menschen in Osteuropa werden in Zukunft länger leben. Gleichzeitig kommen starke Geburtenjahrgänge ins höhere Lebensalter.

**Aleksandr Sidorenko**

**Faktizität und Geltung**

**Altenpolitik im postsowjetischen Raum**

Die demographische Situation in den postsowjetischen Staaten unterscheidet sich fundamental. Die baltischen Länder gehören zu den ältesten der Welt, die zentralasiatischen zu den jüngeren. In Russland und der Ukraine nimmt die Bevölkerung stark ab, in Tadschikistan und Turkmenistan nimmt sie zu. Doch auch wenn sich alle 15 Staaten in unterschiedlichen Stadien des demographischen Wandels befinden, so erleben sie doch alle den globalen Trend der Alterung. Die Antworten auf diese Herausforderung sind durchaus unterschiedlich. Zufriedenstellen können sie fast nirgends. Die Umsetzung des Weltaltensplans lässt zu wünschen übrig, die Alterung wird kaum als Thema von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung aufgefasst.

**Klaus Städtke**

**Lebenszyklen**

**Der russische Realismus und seine Helden**

Inhalt und Form literarischer Werke sind untrennbar miteinander verbunden. Die Helden der Romane aus der Blütezeit des klassischen russischen Realismus im 19. Jahrhundert sind junge Männer. In der Regel rebellieren sie gegen die Gesellschaft, wachsen aber dann doch in sie hinein. Ältere Personen erscheinen meist nur als Nebenfiguren. Der sozialistische Realismus übernimmt von seinem Vorläufer das idealistische Pathos. Auch diese Helden sind wieder junge Männer, die nun allerdings das Alte abstreifen und heroisch in die neue Welt ziehen. Diese verklärende Darstellung geriet in einen unauflösbaren Konflikt mit dem sowjetischen Alltag. In der spätsowjetischen Dorfprosa sind alte Frauen die Protagonistinnen. Ihr naher Tod kündigt von einem doppelten Ende: dem der Sowjetunion und dem des russischen Realismus.

**Aleksej Levinson**

**Flöten wie Sokrates**

**»Neue Alte« und die alte Realität in Russland**

Im kulturellen Gedächtnis der Gesellschaft überlagern sich archaische und moderne Vorstellungen von Alter und Tod. Mit den demographischen Verschiebungen verändert sich auch das Bild vom Alter. Das Alter ist keine objektive biologische, sondern eine soziale Tatsache. In Teilen der Welt gilt das Alter nicht mehr als Lebensphase ohne Sinn und Zweck, sondern analog zur Jugend als Zeit des Lernens und der Erfahrung. Doch in Russland hat diese Ansicht, das Alter könne eine gute Zeit sein, keinen Platz. Die Umbrüche, die das Land seit der Perestrojka erschütterten, führten dazu, dass die älteren Generationen ihre gesamten sozialen Rücklagen einbüßten. Diese Rücklagen konnten materielle sein, aber auch berufliche, intellektuelle oder alltägliche, die ihnen Autorität, Respekt und Selbstwertgefühl garantiert hätten.

**Ljudmila Presnjakova**

**Altsein in Russland**

**Soziale Lage und gesellschaftliches Klima**

Das Alter hat in Russlands öffentlicher Meinung keinen guten Ruf. Die Bevölkerung sieht darin einen schwierigen Lebensabschnitt, der durch gesundheitliche Probleme, emotionale Last und materielle Sorge geprägt ist. Die materiellen Einbußen beim Renteneintritt sind erheblich größer als im Westen. Die soziale und kulturelle Isolation nimmt zu. Unter Russlands Rentnerinnen und Rentnern sind autoritäre Dispositionen und paternalistische Orientierung besonders ausgeprägt. Dies kommt im Wahlverhalten und in der Erwartungshaltung gegenüber dem Staat zum Ausdruck. Doch wenn es um die Verteidigung sozialer Sicherheit geht, sind die älteren Bürger Russlands aktiver als die jüngeren.

**Ol'ga Krasnova**

**Paradoxien des Alters**

**Gerontologie und soziale Realität in Russland**

Russland ist eine alternde Gesellschaft. Mit der späten Lebensphase beschäftigte sich primär die Medizin. Das Bild vom Alter war negativ. Erst seit den 1990er Jahren kommt das Bild in Bewegung. Das ist ein Verdienst der sozialpsychologisch orientierten Gerontologie. Der sozioökonomische Umbruch verschärfte die sozialen Probleme, öffnete aber auch neue Wege zu deren Bewältigung. Heute gibt es in Russland soziale Dienste, deren Qualität aber an mangelhaften gesetzlichen Grundlagen, lückenhafter Ausbildung des Personals und dem Fehlen zivilgesellschaftlicher Institutionen krankt.

**Lilija Ovčarova**

**Nachholende Evolution**

**Die soziale Absicherung alter Menschen in Russland**

Russlands Rentner gelten als die großen Verlierer der vergangenen zwanzig Jahre. Tatsächlich brachen die Renten in den 1990er Jahren stark ein und hielten mit der Lohnsteigerung der vergangenen zehn Jahre nicht Schritt. Gleichwohl ist das Armutrisiko für Rentner im Schnitt geringer als für die Gesamtbevölkerung. Nicht nur arbeiten viele Rentner weiter. Zudem ist das soziale Sicherungssystem auf alte Menschen zugeschnitten. Sie erhalten Kompensationszah-

lungen für die 2005 abgeschafften Vergünstigungen und die Renten wurden 2008 deutlich erhöht. Gravierende Mängel gibt es allerdings bei der Altenpflege und im Gesundheitssystem. Rentnerinnen – insbesondere wenn sie auf dem Land leben – laufen neben alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern die größte Gefahr, keine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten.

**Georgij Satarov**

### **Schmierigkeiten für Jung und Alt**

#### **Korruption in Russlands Gesundheitswesen**

Korruption ist in Russland weit verbreitet. Die korrupten Praktiken im Gesundheitswesen treffen ältere Menschen besonders, da sie häufiger als Jüngere medizinische Hilfsleistungen benötigen. Aus finanziellen Gründen sind sie oft nicht in der Lage zu »schmieren«. Sie müssen dann auf medizinische Leistungen verzichten. Korruption zerstört das Standesethos der Ärzteschaft. Kriminelle Praktiken wie unbegründete Operationen nach willkürlichen Diagnosen erinnern an die unbegründete Einleitung von Strafverfahren durch Polizei und Justiz, die gegen ein Bestechungsgeld eingestellt werden.

**Marina Kočevalova**

### **Besuch bei der alten Dame**

#### **Freiwillige in Pskov und Moskau**

Singen, Tanzen, Naschen: Oft bedarf es nur kleiner Dinge, um alten Menschen eine Freude zu machen. All dies tun die Freiwilligen der Organisation *Starost' v radost'* bei ihren Besuchen in Alten- und Pflegeheimen in den Gebieten Moskau und Pskov. Häufig sind die Freiwilligen für die einsamen Alten der einzige Kontakt zur Außenwelt; manchmal die letzte Rettung, wenn sie etwa gravierende hygienische Missstände und Vernachlässigung der Bewohner aufdecken. Das schafft nicht nur Freunde. Von Heimleitungen, aber auch von Politikern und Medien wurde die Freiwilligenbewegung deshalb sogar diffamiert.

Das Inhaltsverzeichnis des Heftes steht unter: <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/issue.2010.1273498500000> Das Heft ist über die Redaktion OSTEUROPA zu beziehen: [osteuropa@dgo-online.org](mailto:osteuropa@dgo-online.org)

**OSTEUROPA 6/2010 »In Bewegung« hat 204 Seiten, 12 Karten, 16 Abb. und kostet 10,00 €.**  
**Das Inhaltsverzeichnis steht unter** <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/issue.2010.1275343200000> **Es enthält folgende Beiträge über Russland:**

**Margarete Klein**

### **Erste Erfolge, viele Hürden**

#### **Russlands Militärreform**

Nach dem Georgienkrieg hat Russland eine neue Militärreform gestartet. Sie stellt den ernsthaftesten Versuch dar, die überalterte Mobilisierungsarmee in eine moderne Einsatzarmee umzuwandeln. Erste Erfolge sind zu konstatieren, doch noch viele Hürden sind zu überwinden. So sind die finanziellen Ressourcen ungenügend, die Rüstungsindustrie leidet unter Innovationsstau, und die demographische Krise verstärkt das Rekrutierungsproblem. Zudem gibt es Widerstand gegen die Reform im Militär. Anders als unter Medvedevs Vorgängern haben die politische und die oberste militärische Führung diesmal den politischen Willen, die Reform zum Erfolg zu führen.

**Karlheinz Kasper**

### **Vorwärts zur Retrokultur!**

#### **Russische Literatur und Literaturpreise 2009**

Nie haben die Literaturwettbewerbe in Russland die Erwartung, es würden künstlerisch hochrangige Werke zu relevanten Gegenwartsfragen gewürdigt, so enttäuscht wie 2009. Der *Nacional'nyj Bestseller* ging an einen Roman, der »solide und realistisch im Stil der Sowjetliteratur« verfasst ist. Als *Bol'saja Kniga* wurde ein Werk gekürt, das



Erinnerungen an drei Generationen der sowjetischen Führungselite wach ruft. Den *Russkij Buker* bekam eine wenig gelesene Autorin, die drei »heilige russische Frauen« der Sowjetzeit als Trägerinnen des »historischen Gedächtnisses« preist. Konfliktrichtige gesellschaftskritische Texte hingegen fanden bei den Juroren keine Gnade. Kurz vor dem 65. Jahrestag des Sieges der Völker der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg erweckt der hoch dekorierte Teil der russischen Literatur den Eindruck einer nostalgischen, patriotisch verbrämten Retrokultur.

**OSTEUROPA 7/2010 »Die Macht der Musik. Mieczysław Weinberg: Eine Chronik in Tönen« ist dem Leben und Werk des sowjetischen Komponisten polnisch-jüdischer Herkunft gewidmet:**

<http://www.osteuroopa.dgo-online.org/issues/issue.2010.1279032600000>

Das Heft hat 208 S., 60 Abb. und eine Audio CD mit dem 6. Streichquartett und der Sonate für Klavier und Bratsche. Es kostet 22,00 € und ist zu bestellen unter [osteuroopa@dgo-online.org](mailto:osteuroopa@dgo-online.org)

**OSTEUROPA 8/2010 »Zur Erinnerung. Identität dient Legitimität« hat 160 S., 3 Karten und kostet 10,00 €. Das Inhaltsverzeichnis steht unter:** <http://www.osteuroopa.dgo-online.org/issues/issue.2010.1282570080000>  
das Heft enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug:

**Margareta Mommsen**

**Oligarchie und Autokratie**

**Das hybride politische System Russlands**

Das in den vergangenen zehn Jahren entstandene politische System Russlands ist eine Mischung aus Oligarchie und Autokratie. Wirtschaft und Politik sind eng verschmolzen. Wie politische Entscheidungen gefällt werden, bleibt äußerst intransparent. Daher blüht die Korruption. Die Formen der politischen Kommunikation sind archaisch, eine echte Interessenaggregation und -artikulation findet nicht statt. Statt demokratischer Willensbildung üben einige wenige Unternehmen Einfluss auf die Politik aus. Für Legitimität soll medial produzierter Nationalstolz und die glanzvolle Inszenierung von Macht sorgen. Doch die Wirtschaftskrise zeigt: Das System ist dysfunktional und daher instabil. Wollen die Herrschenden tatsächlich die Modernisierung Russlands, so bedarf es einer neuen Perestrojka.

**Kurt Scharr, Ernst Steinicke**

**Trouble in Paradise**

**Olympische Winterspiele in Soči 2014**

Der Urlaubsort Soči an Russlands Schwarzmeerküste wurde seit 1915 als Badeort erschlossen und erfreute sich in der Sowjetzeit großer Popularität. Mit der Auflösung der Sowjetunion und dem Niedergang der sozialistischen Form von Tourismus stürzte die Region in eine Krise, aus der sie sich erst langsam befreit. Die geplante Austragung der Olympischen Winterspiele 2014 in Soči birgt eine Chance für den dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur. Doch besteht die Gefahr der Überforderung. Aufgrund der eingeschränkten Pressefreiheit in Russland werden problematische Aspekte wie intransparente Entscheidungen oder Umweltbelastung kaum öffentlich diskutiert.

## SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
**oa**



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

*Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: [www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)*

## Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

### Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)

### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)